

AKTIVES MUSEUM

FASCHISMUS UND WIDERSTAND



Geschäftsstelle: Köthener Straße 44 Tel.: (030) 261 76 61 FAX (030) 262 33 19
Konto: Berliner Sparkasse, Kto.Nr. 610012282 · BLZ 100 500 00

Mitgliederrundbrief Nr. 14

Januar 1992

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

dieser Mitgliederrundbrief stellt vor allem anderen die sehr unterschiedlichen Meinungsäußerungen zu der Ausstellung "Mit der Geschichte leben - Ein antifaschistisches Traditionskabinett aus dem Jahre 1986 wird kommentiert" zusammen.

Hier aber zuerst ein herzliches Willkommen und die besten Wünsche für eine neue Berliner Gedenkstätte, die mit dem 20. Januar ihre Arbeit aufnimmt. Dem "Haus der Wannseekonferenz" und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wünschen wir viel Erfolg für seine schwierigen Aufgaben.

Im letzten Rundbrief haben wir voreilig - veranlaßt durch einen Übermittlungsfehler - ein noch nicht endgültiges Arbeitskonzept-Papier der Gedenkstätte "Haus der Wannseekonferenz" abgedruckt. Wir bitten um Entschuldigung und unsere Leser darum, sich die endgültige Fassung dort zu besorgen: Am Großen Wannsee 56 - 58, W 1000 Berlin 39.

Inhaltsverzeichnis

"Betreuung"	S. 3
Dokumentiert: Stimmen zur Ausstellung des Aktiven Museums und des Kulturamts Prenzlauer Berg in der Museumswerkstatt im Thälmannpark	S. 5
Thomas Flierl: Die Straßenumbenennungen in Prenzlauer Berg - der Diskussions- und Entscheidungsprozeß	S. 25
Dokumentiert: Die "offene Wunde" der großen Stadt Bericht über die Wieder-Eröffnung der "Topographie des Terrors" und die Podiumsdiskussion am 9. 1.	S. 28
Karola Bloch 85 Jahre - Anzeige der Festschrift	S. 29
Neue Mitglieder stellen sich vor: Arbeitsgemeinschaft "Wider das Vergessen"	S. 30
Fortbildungsveranstaltungen gegen Gewalt, Fremdenhaß, Extremismus	S. 30
Einladung zum Seminar "Frauen im Nationalsozialismus: Opfer oder Täterinnen?"	S. 31
Dokumentiert: Antworten auf die Erklärung und die Briefe des AM zu den Ehrenpensionen für NS-Verfolgte	S. 32

Redaktion dieses Rundbriefs: Christiane

Alle, die in Gedenkstätten oder an anderen Orten Geschichte zu vermitteln versuchen, bieten mehr an als nur eine historische Ausstellung. Es wird versucht, mit vorab versandtem Material die Besucher vorzubereiten, ihnen Literaturlisten und Arbeitsblätter zur Weiterarbeit zur Verfügung zu stellen, Führungen und Diskussionen werden angeboten. All das kostet Zeit und Geld und muß daher im Rechenschaftsbericht einen Namen haben. Aber bitte nicht: "Besucherbetreuung".

Es ist wohl nicht einfach, ohne dieses Wort auszukommen. Da gibt es für bisher als "entmündigt" bezeichnete Personen inzwischen ein "Betreuungsgesetz" (was schon etwas über dieses Wort aussagt, wenn es auch der Gesetzgeber gut gemeint haben mag). Hier die Bitte, es für unsere Arbeit nicht mehr zu brauchen. Zur weiteren Erläuterung die Glosse von Dolf Sternberger:

Betreuung

Wörterklärung: Das Mittel- und Hauptstück heißt »treu«. Von »treu« und von der »Treue« gibt es aber kein direkt abgeleitetes, ohne den Umstand der Vorsilbe gebildetes Zeitwort, kein verbum simplex. Treu sein, treu bleiben, die Treue halten – anders ließ und läßt sich die Treue nicht in die Tat umsetzen. Und man muß zugeben, daß diese Wendungen wirklich auffallend und unangenehm wenig Spielraum für den Tätigkeitsdrang bieten: es sind keine Tätigkeits-, sondern wahre Zeit-Wörter. Man kann oder konnte da nur etwas sein und bleiben, und dabei konnte es natürlich nicht lange bleiben, da mußte etwas geschehen. Hinzu kam noch die weitere Unannehmlichkeit, daß alle jene Wendungen den Dativ regieren: man ist und bleibt jemandem treu, hält jemandem oder einer guten Sache oder einem Grundsatz oder einer Institution die Treue. Ganz ähnlich, wie man auch jemandem (im Dativ) hilft und jemandem vertraut. Dieser Jemand, diese gute Sache, dieser Grundsatz, diese Institution bleiben, da sie nur im schrägen Lichte des Dativs erscheinen, in sich selbständig, gültig und frei. Wer jemandem treu ist, kann daher seinerseits dieses Jemandes nicht sicher sein. Treu sein und bleiben ist eben, wie man daran leicht sieht, nichts weiter als ein *menschliches* Verhalten und Verhältnis. Für den Unmenschen ergab sich die dringende Notwendigkeit, erstens ein recht kräftiges Tätigkeitswort und zweitens ein transitives zu bilden oder hervorzusuchen, welches den Jemand schärfer anpackt. »Treuen« ging nicht – es käme ja ungefähr auf »lieben« und »schützen« hinaus, und dabei fehlt noch die rechte Gewalt. Die Vorsilbe half. Dieses »be-« drückt nicht bloß ein selbstloses

Hinzielen auf den Gegenstand aus wie die einfachen Transitiva »lieben« und »schützen«, sondern eine Unterwerfung des Gegenstands, und darauf kommt es an. Dieses »be-« gleicht einer Krallenpfote, die das Objekt umgreift und derart erst zu einem eigentlichen und ausschließlichen Objekt macht. Muster und Vorgänger sind: Beherrschen und Betrügen, Beschimpfen und Bespeien, Bestrafen, Benutzen, Beschießen, Bedrücken, auch Belohnen und Beruhigen. In allen diesen Fällen wird das Objekt, eben der Jemand, mindestens zeitweilig des eigenen Willens beraubt oder soll des eigenen Willens beraubt werden oder hat seine Freiheit schon verloren wie der Aufgeregte, der darum der »Beruhigung« bedarf, oder seine freie Vernunft wird umgangen und für nichts geachtet wie beim Betrügen oder Benutzen. Beim »Beschützen« ist es nicht ganz so leicht, den Jemand mit Beschlag zu belegen, weil man ihn immerhin »vor« etwas oder jemand anderem beschützen muß, und weil der Beschützte im allgemeinen das, wovor er Schutz sucht und in Anspruch nimmt, auch mit seiner eigenen Vernunft und Sinnen wahrzunehmen vermag. Anders beim Betreuen. Man betreut jemanden und damit basta. Dieses Verhältnis ist ein totales. Die Betreuung ist diejenige Art von Terror, für die der Jemand – der Betreute – Dank schuldet. Und das tut dem Unmenschen wohl. Nur noch dieses Wohlgefühl erinnert an das Stammwort »Treue«. Der Betreuer selber aber braucht nun – Gott sei Dank – niemandem (im Dativ) mehr treu zu sein. So kann man mit recht einfachen Mitteln ein Wort von seiner Sinnwurzel abschneiden und es doch so aufstellen, daß es aussieht, als stecke es noch lebendig im Grund.

Anwendung: Die Hortnerin oder besser: der Kindergarten betreut die Kinder. Der Lehrer oder besser: die Schule

betreut die Schüler – ihre Aufgabe ist daher die »schulische Betreuung«. Der Arzt betreut die Kranken oder besser: das Krankenmaterial (auf deutsch und etwas einschmeichelnder: das Krankengut). Der Geschäftsreisende betreut die Käufer, der Dirigent betreut die Solisten, aber auch die Partitur und das Werk des Komponisten. Die NSV betreute Mutter und Kind, der Reichsnährstand die Bauern, die Arbeitsfront die Arbeiter; die Wirtschaftsgruppen, Wirtschaftsämter, Rüstungsinspektionen und andere Behörden, alle zusammengefaßt im ausdrücklich so benannten »Betreuungsausschuß«, betreuten – in der diktatorischen Organisation des totalen Krieges – die industriellen Betriebe. Ja wahrhaftig: Die Geheime Staatspolizei betreute die Juden*. Als es keinen Markt und keinen Handel mehr gab, als die Konsumenten daher machtlos, zu Objekten, geworden waren, »betreute« der Verteiler die Käufer.

Aber das ist mit dem Dritten Reich keineswegs untergegangen. Baufirmen, Siedlungsgesellschaften betreuen ungescheut die Bebauung dieses oder jenes Areals, als wäre das ein Akt der Barmherzigkeit, und als wäre kein Auftraggeber, Käufer, Benutzer, Pächter oder Mieter gegenwärtig. Diese armen Individuen müssen zwar zahlen, aber nur dafür, daß sie wie die Küken unter die Flügel der Glücke, nämlich der Firma, der Genossenschaft, der Verwaltung, der Organisation schlechthin schlupfen dür-

* Diesen Sprachgebrauch bezeugt auch H. G. Adler in seinem Buch über »Theresienstadt« (in der Sammlung Civitas Gentium, Tübingen 1955.) Das Wörterverzeichnis der Lager-Sprache, das ihm beigegeben ist, enthält einen Artikel mit den Stichworten »Betreuen, Betreuer, Betreuerin, Betreuung.«, woraus die grausige Universalität der Anwendung hervorgeht: »Alles und jeder wurde »betreut«, sagt der Autor, und er beschreibt, wohl gemerkt, ein Konzentrationslager für Juden. In letzter Konsequenz, so bemerkt er auch, sei das Wort »ein Euphemismus für Morden und Mord«.

Dolf Sternberger, Gerhard Storz, W. E. Süskind,
Aus dem Wörterbuch des Unmenschen.
Frankfurt/Berlin,
Ullstein 1989,
(Ullstein TB Nr. 34335
nach der erweiterten
Ausgabe 1967)

fen. Zumal Verbände, Wirtschaftsverbände wie Berufsverbände, haben es auf sich genommen, ihre Mitglieder (mitsamt ihren »Anliegen«) zu betreuen – ich vermeide es, Beispiele anzuführen, denn es wäre eine Ungerechtigkeit, irgendeine Branche oder Sphäre des Verbandswesens auszulassen. Daß Vorstände von Mitgliedern gewählt, Geschäftsführer von Vorständen angestellt oder doch bestellt zu werden pflegen, diese rechte Folge der Abhängigkeiten und Verantwortlichkeiten wird durch den Wortgebrauch verkehrt und ausgelöscht: andernfalls müßten die Mitglieder dagegen revoltieren, von denen betreut zu werden, die sie erst berufen und in ihre Ämter eingesetzt haben. Wenn sie es nicht tun, haben sie abgedankt und das Ihrige beigetragen, das Regiment der Manager und die Diktatur der Sekretäre zu befestigen. In einem Wörterbuch der heutigen Organisationsprache würde unser Wort genau so breit und fett figurieren wie dort in demjenigen der Lager- und Terror-Sprache.

Was der Unmensch in allen seinen Gestalten zu erreichen strebt, ist dies: daß keiner unbetreut bleibe und daß der Mensch auch zu keiner Zeit seines kurzen Lebens betreut bleibe; denn niemand soll zu irgendeiner Zeit Rechte geltend machen und Ansprüche erheben, nicht einmal für gutes Geld Dienstleistungen erwarten, niemand zu irgendeiner Zeit auch Liebe, Hilfe und Treue erhoffen können. Jedermann wird ja betreut. Kundendienst ist eine schöne Sache, sie hat sich auch bei uns eingeführt und ausgebreitet und macht sich sicherlich bezahlt. Sobald aber der Dienst am Kunden zur wiederkehrenden Maßnahme und zur festen Einrichtung gerinnt, droht auch der Diener sich zum Herrn zu verkehren: in seinem Mund und Sinn wird der Dienst am Kunden zur »kundendienstmäßigen Betreuung«.

Die Betreuung scheint sich übrigens im gleichen Maße

ausgedehnt zu haben, in dem die Werke der christlichen Barmherzigkeit abnahmen oder gewaltsam verdrängt wurden. Wenn erst eines Tages der Gatte die Gattin und die Gattin den Gatten betreut, dann wird endlich auch die Ehe begraben sein.

Am Ende löscht die Betreuung den Jemand als Jemand, als eigenes Wesen, aus, dem sie gilt oder zu gelten scheint. Hat man je schon gehört, daß jemand von sich selbst sagte: »Ich werde von der und der Organisation, von der Schule oder von der Polizei usw. betreut?« – Nein, das hat man noch nicht oder doch nur selten und dann nur mit Verblüffung und mit Scham sagen hören, denn diese beiden Dinge vertragen sich nicht miteinander, das »Ich« und das »betreut werden«. Das ist eben ein wahres Tätigkeitswort, strotzend von Aktivität. Im Passiv läßt sich das Verbum nicht in allen Personen durchkonjugieren, jedenfalls kaum in der ersten und zweiten, ohne weiteres freilich in der dritten (er, sie, es), die einen nichts angeht; im Plural geht es überhaupt ganz gut, da ist man zu mehreren, und auf den einzelnen, der da (passiv) leidet, kommt es dann nicht so genau an. Daß es in der ersten und zweiten Person des Singulars nicht recht geht, ist gut so. Denn der Unmensch mag es nicht leiden, wenn die Leute »ich« und »du« sagen.

Die hier folgenden Meinungen zur Ausstellung in der Museums-
werkstatt im Thälmannpark sind, soweit sie datiert sind oder
ihre Entstehungszeit bekannt war, nach Datum geordnet. Druck
und Maschinenschrift wurde einfach kopiert, Handschrift
abgeschrieben.

DDR-Antifaschismus: Geschichte einer Fälschung

Berlin (ap/taz) — Verordneter Antifaschismus mit gefälschten KZ-Devotionalien: Eine Ausstellung dokumentiert, wie die DDR in ihren „Traditionskabinetten“ die Geschichte zurechtbog.

Wimpel des Arbeiterschützenverbandes, Uniformen des Rotfrontkämpferbundes und Bilder ermordeter deutscher Kommunisten — mit solchen Ausstellungsstücken versuchte die SED in ihren sogenannten antifaschistischen Traditionskabinetten die DDR in eine Linie mit dem Widerstand gegen die Nationalsozialisten zu stellen. Daß dabei die Geschichte zurechtgebogen und der Kampf gegen das Dritte Reich auf den kommunistischen Antifaschismus reduziert wurde, zeigt eine Ausstellung, die jetzt in Ost-Berlin zu sehen ist.

Im Jahr 1986 wurde das „Traditionskabinett Prenzlauer Berg“ von der SED-Führung eingerichtet. Eine solche Ausstellung antifaschistischer Devotionalien gab es in fast allen größeren Städten der DDR, nach der Wende wurden die meisten allerdings rasch aufgelöst. In der Museumswerkstatt Thälmannpark im Ostberliner Bezirk Prenzlauer Berg ist es einer Gruppe von Historikern aus Ost- und Westdeutschland gelungen, das Traditionskabinett zu erhalten.

Mit Kommentaren versehen, vermittelt es nun einen Einblick in die Instrumentalisierung des Widerstandes gegen die Nationalsozialisten durch die DDR-Führung. So werden in den Vitrinen zwar Uniformen und Mitgliedsbücher der „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit“ präsentiert. Daß der Gründer und erste Vorsitzende der Organisation, Willi Münzberger, gegen Ende der dreißiger Jahre wegen seiner Kritik an Stalin aus der KPD ausgeschlossen wurde, bleibt aber ebenso unerwähnt wie sein bis heute ungeklärter Tod im Jahr 1940.

Der Streik gegen die Berliner Verkehrsbetriebe, zu dem die rote Gewerkschaftsopposition aufgerufen hatte, wird mit den Worten kommentiert: „Der BVG-Streik war eine starke Waffe der Aktionseinheit. Er führte zum Sturz der reaktionären Papen-Regierung“. Verschwiegen wird, daß sich an dem Streik neben den Kommunisten auch die NSDAP beteiligte und daß Papens Nachfolger Adolf Hitler hieß. Schautafeln mit Kriegsbildern und Diagrammen zeigen den Vormarsch der Roten Armee, die vom polnischen Volk „liebevoll und dankbar“ begrüßt worden sei. Ein Wort zum Hitler-Stalin-Pakt und der Aufteilung Polens zwischen Deutschland und der Sowjetunion sucht man dagegen vergeblich.

Auch Hinweise auf den christli-

chen oder bürgerlichen Widerstand gegen das Nazi-Regime waren in den Traditionskabinetten nicht zu finden. In ihren Kommentaren zu den Ausstellungsstücken verweisen die Historiker darauf, daß die DDR-Regierung sich die Geschichte immer wieder für ihre Zwecke zurechtgebogen hat. Geradezu zynisch mutet der Begleittext zu einem Bild an, das deutsche Kommunisten im sowjetischen Exil zeigt: „In der Sowjetunion bekamen die Emigranten einen Einblick davon, was es heißt: Aufbau des Sozialismus.“ Viele Emigranten starben unter Stalin in der Lagerhaft oder wurden hingerichtet.

Wo geeignete Ausstellungsstücke fehlten, wurden sie nachgemacht. So kommt das Kinderspielzeug, das angeblich die Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner im KZ Ravensbrück gebastelt hat, tatsächlich vom „Volkskunstzirkel des Kulturhauses Thälmannpark“. Der vorgeblich echte Stacheldraht aus Auschwitz, der um ein Bild von jüdischen Häftlingen des KZs geschlungen ist, stammt von den DDR-Grenztruppen. Unter der Überschrift „Sie bleiben unvergessen“ zeigt die Ausstellung Bilder von sieben Kommunisten, die im KZ ermordet wurden. Die Namen der Opfer aber fehlen. Sie wurden bei der Zusammenstellung des Traditionskabinettes schlicht vergessen.

taz

27.9 91

30.9.91

BERLIN. An der Ecke Greifswalder und Dimitroffstraße, im Bezirk Prenzlauer Berg, erhebt sich im Thälmann-Park das monströse steinerne Denkmal des KP-Führers, den die Nazis im KZ umgebracht haben, dahinter, etwas tiefer gelegen im Park, der auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerks angelegt wurde, ist ein kleiner roter Ziegelbau stehen geblieben, in dem sich früher die Zählstation des Werks befand 1986 (als auch das Denkmal eingeweiht wurde) ein „Antifaschistisches Traditionskabinett“ eingerichtet wurde, eines von vielen damals. Der Ausdruck „Kabinett“ (und die mögliche Assoziation mit den „Kuriositätenkabinetten“ der weiland Barockfürsten) scheint niemand gestört zu haben, man übernahm die Bezeichnung ohne viel Nachdenken aus dem Russischen.

Von der Sowjetunion hat man auch bei der Einrichtung der Gedenkstätte gelernt, an der die Widerstandskämpfer vom Prenzlauer Berg ebenso beteiligt waren wie die SED-Parteileitung des Bezirks: Sie ist in ihrem Hauptteil, unterm Dach des Häuschens, eingerichtet wie die Wandzeitungs-Ausstellungen, die sich dazumal jeder bessere Betrieb leistete. Unten freilich wurde der Besucher erst durch einen „Schulungsraum“ getrieben und eingestimmt durch zwei pompöse Ehrenmale, eines mit Silber und Marmor, zählt die Widerstandskämpfer auf, das andere preist in Goldbuchstaben die Errungenschaften der DDR. Bis heute.

Nur hat der damalige Leiter des Kabinetts nicht nur sich „gewendet“, sondern auch den Parteichef Honecker (als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus in der Tat beglaubigt): Sein Bild verschwand aus der Schau. Heute heißt das Ganze „Museumswerkstatt“, untersteht dem Kulturamt des Bezirks – und soll erhalten bleiben. Freilich „kommentiert“. Man hat einfach auf gelbem Karton Korrekturen angebracht (mit Hilfe auch des rührigen Vereins „Aktives Museum“), die in wenigen, wohlgesetzten Worten einiges zurechtrücken, bei den Porträts von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (so weit geht die Geschichte zurück) etwa darauf hinweisen, daß 1988 junge Leute verhaftet wurden, weil sie Luxemburgs Wort, daß die Freiheit immer die der Andersdenkenden sei, ernst genommen hätten. Man erklärt, daß mit „worthürchigen Überfall auf die UdSSR“ die einseitige, gewaltsame Aufkündigung des Hitler-Stalin-Pakts gemeint gewesen sein muß, man analysiert die Militarisierung des „Widerstands“, wie ihn die offizielle Lesart favorisierte, die Vernachlässigung derer, die gegen die Nazis kämpften, ohne Anhänger der KP gewesen zu sein, setzt gegen die offiziellen Biographien einiger Antifaschisten, aus dem Kiez ihre wirklichen.

Das alles ohne Aplomb, ohne aufgeregte Besserwisserei, mit der Absicht, den „Antifaschismus“ als ein Element jedes demokratischen Deutschlands aus den Fängen einer Parteidoktrin zu befreien, die es dahin gebracht hat, daß mit dem Ende ihrer Gültigkeit auch das auf den Müllhaufen der Geschichte „gekehrt“ zu werden droht, was ein Recht hat, bewahrt zu verwenden, in Hoyerswerda und anderswo.

Diese Art von genauer, gerechter Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit verdient Respekt und Unterstützung, womöglich ist da, mit wenig Mitteln, aber großem Engagement, eine Art von „Modellversuch“ gelungen, der zudem den Vorteil hat, daß „Ossis“ und „Wessis“ gemeinsam ihn erarbeiteten, sich dabei besser kennenlernten und etwas begriffen von dem, was gemeinsame (und getrennte) Geschichte zweier deutscher Staaten war. Das kommentierte Kabinett gibt denen ihre Würde zurück, deren Lebensentwurf und Mut zu Widerstehen gewiß nicht auf einen vergrauten, bürokratischen „Sozialismus“ gerichtet war.

Ein 'Traditionskabinett' wird nicht 'gewendet' - sondern kommentiert

Neues gibt es vom "Traditionskabinett Antifaschistischer Widerstand 1933 - 1945, Berlin Prenzlauer Berg" zu berichten, das wir auf unserer Studienfahrt nach Berlin 1989 noch im 'Urzustand' besichtigen konnten.

Im Zusammenhang mit der Einweihung des Thälmann - Denkmals 1986 war es in der Zählstation eines Gaswerkes eingerichtet worden. Die Berufung auf die Tradition des antifaschistischen Widerstands diente der SED - Führung zur Legitimation der eigenen Herrschaft. In jeder größeren Ortschaft gab ein "Traditionskabinett antifaschistischer Widerstand". Generationen von Jugendlichen, von Lehrern und Pionierleitern durch diese Kabinette geführt, bezogen von dort ihr Geschichtsbild oder ihr Desinteresse an diesem Teil deutscher Vergangenheit.

Doch statt, wie es an anderen Orten geschah, die Ausstellung nach der Wende eiligst zu verändern und der vermeintlichen Aktualität anzupassen, hat das Kulturamt des Stadtbezirks Prenzlauer Berg, unterstützt durch das Westberliner Aktive Museum Faschismus und Widerstand, einen anderen Weg gewählt: Die Ausstellung selbst wurde nicht angetastet, weil sie ein Dokument des DDR - Antifaschismus der 80er Jahre ist. In der alten Ausstellung hat eine Arbeitsgruppe Fragen, Anmerkungen, Ergänzungen und Hinweise auf gelben Karten angebracht, die zum Weiterdenken anregen, Fragen der Besucher provozieren sollen. So wird z.B. auf die Vernachlässigung des nicht - kommunistischen Widerstands hingewiesen, werden unterschlagene Biographieteile von Antifaschisten ergänzt, wird die Politik der Sowjetunion in ein anderes Licht gerückt.

Die Frankfurter Rundschau meint: "Das kommentierte Kabinett gibt denen ihre Würde zurück, deren Lebensentwurf und Mut zu Widerstehen gewiß nicht auf einen vergreisten bürokratischen 'Sozialismus' gerichtet war."

Die Ausstellung "Mit der Geschichte leben - Ein antifaschistisches Traditionskabinett aus dem Jahre 1986 wird kommentiert" ist vom 24.09.1991 - 26.04.1992 zu sehen im Haus der Museumswerkstatt im Thälmannpark, Ecke Greifswalder Str./Dimitroffstr.

Öffnungszeiten: MO - DO 8.00 - 17.00 Uhr, DI 8.00 - 19.00 Uhr.

Ausstellung zum "verordneten Antifaschismus" der DDR im Thälmannpark

Im Zusammenhang mit der Einweihung des Thälmann-Denkmal 1986 wurde im Thälmann-Park auch das "Traditionskabinett Antifaschistischer Widerstandskampf 1933 - 1945, Berlin Prenzlauer Berg" eröffnet. Die Berufung auf die Tradition des antifaschistischen Widerstands diente der SED-Führung zur Legitimation der eigenen Herrschaft. In jeder größeren Ortschaft gab es ein "Traditionskabinett antifaschistischer Widerstand". Generationen von Jugendlichen, von Lehrern und Pionierleitern durch diese Kabinette geführt, bezogen von dort ihr Geschichtsbild oder ihr Desinteresse an diesem Teil deutscher Vergangenheit.

Zu Beginn des Jahres 1991 waren die meisten antifaschistischen Traditionskabinette der DDR bereits geschlossen oder abgebaut. Stadt- und Gemeinderäte verweigerten die weitere Finanzierung, aufgebrauchte Bürger drohten mit der Zerstörung, Widerstandskämpfer holten sich ihre persönlichen Erinnerungstücke, ihre Leihgaben zurück. Auch im Bezirk Prenzlauer Berg stellte sich die Frage: Was soll mit dieser Ausstellung, mit diesem Haus geschehen? Es wäre einfach gewesen alles abzubauen. Aber damit war die notwendige Auseinandersetzung mit dem hier vermittelten Geschichtsbild nicht zu erreichen.

Beim Kulturamt Prenzlauer Berg, dem dieses Haus jetzt untersteht, gibt es bereits Beispiele für den Umgang mit Zeugnissen der letzten 40 Jahre:

Unter dem Motto "Mit der Geschichte leben" wurden Ausstellungen zu den politischen Denkmälern und zu den Straßennamen erarbeitet. Nun kommt eine Kommentierung der Ausstellung zum antifaschistischen Widerstandskampf hinzu, die eine Arbeitsgruppe (gemischt Ost/West) seit Frühjahr 1991 erarbeitet hat.

Die Ausstellung selbst wurde dabei nicht angetastet, weil sie ein Dokument des DDR-Antifaschismus der 80er Jahre ist. Was an ihr nach der "Wende" verändert wurde, geschah durch die ehemals Verantwortlichen, die eilig versuchten, sie erneut an die vermeintliche Aktualität anzupassen. Honecker-Bilder wurden entfernt, wie einst Stalin oder Ulbricht.

Nun sollen die Fragen, Anmerkungen, Ergänzungen und Hinweise, die die Arbeitsgruppe in der alten Ausstellung angebracht hat, zum Weiterdenken anregen, Fragen der Besucher provozieren.

Zu entdecken und vielleicht in späteren Ausstellungen darzustellen bleibt der Widerstand im Bezirk Prenzlauer Berg 1933 - 1945, bleiben die Menschen, die sich dem Nationalsozialismus verweigerten und entgegen stellten. Im Gedenken an diese Menschen wollen wir die Aufarbeitung des zur Propagandaformel erstarrten Antifaschismus, wie er im Traditionskabinett gezeigt wird, beginnen.

Nur hier, im Thälmannpark, im Bezirk Prenzlauer Berg gibt es noch diese Möglichkeit. Andere Ausstellungen der DDR über die Zeit 1933 - 1945, insbesondere die der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten, sind nicht mehr in ihrer früheren Gestalt erhalten. Sie wurden schon bald nach der "Wende" geschlossen, verändert, oder, wie im Zeughaus, abgeräumt. So wurde die notwendige Auseinandersetzung versäumt.

Die Ausstellung "Mit der Geschichte leben - Ein antifaschistisches Traditionskabinett aus dem Jahre 1986 wird kommentiert" ist vom 24.9.1991 - 26.4.1992 zu sehen im Haus der Museumswerkstatt im Thälmannpark, Ecke Greifswalder Str./ Dimitroffstr.
Öffnungszeiten: Mo. - Do. 8.00 - 17.00 Uhr, Di. 8.00 - 19.00 Uhr

Diskussion mit den Autorinnen und Autoren der Kommentare:
an jedem ersten Montag im Monat um 19.00 Uhr.

Veranstalter:
AKTIVES MUSEUM FASCHISMUS UND WIDERSTAND IN BERLIN und KULTURAMT DES STADTBZIRKS PRENZLAUER BERG



Ich persönlich (geprägt durch die 68er Erfahrungen + gewohnt zu differenzieren) mag keine Geschichten ohne Widersprüche habe aber Respekt vor anderen Darstellungsweisen - auch wenn sie nicht der Realität 100 % entsprechen.

Bei der Aufzählung der gegen Franco angetretenen Republik-Verteidiger habt ihr die Anarchisten "vergessen"!

Insgesamt, so meine ich, habt ihr durch die Masse der (manchmal "kleinkarierten") Kritik zu viel des Guten getan: ich denke, daß dadurch manche/r verschreckt + verärgert + mißtrauisch wird.

Wlf 10/91

Berlin, den 31. 10. 91

Korrekturen schön u. gut - statt Ergänzung wird hier Besserwisserei an den Tag gelegt u. Zensur. Gut, daß es "nur" bei den gelben Zetteln blieb, so kann man die Korrektur u. ihre z.T.lächerliche Aussage noch im Unterschied bemerken.

Ursula Ennen

(Familiename schlecht lesbar, kann auch etwas anders heißen)

Die kritische Kommentierung ist eine seltsame Mischung
- von durchaus berechtigten Richtigstellungen
sektiererischer, dogmatischer Verfälschungen des
antifaschistischen Widerstandes, oder schlampiger
Ungenauigkeiten
- und von neuen Irrtümern, die wie Wahrheiten hingestellt
werden.

Beispiel: Die Sowjetarmee hat immerhin Polen befreit von den deutschen Nazis, die das polnische Volk vernichten wollten. Das "vorherrschende Gefühl" der Polen beim Vorrücken der Sowjetarmee in Polen war sicher - trotz allen früheren Fehlern der SU -:jetzt ist unser Leben gerettet.

1944 standen die Sowjets zwar an der Weichsel, sie hatten aber schon 800 Kilometer Vormarsch hinter sich und waren nicht imstande, über den Fluss zu setzen. Das belegen zahlreiche englische und amerikanische Historiker, nicht nur die Sowjets.

Gar nichts anfangen kann ich mit der Kritik an der Darstellung des Spanischen Bürgerkrieges. Das Plakat ist eine Darstellung von Volksmassen in Spanien: es war übrigens das Hauptplakat der spanischen Republik. Ich habe es 1936 in Frankreich im spanischen Pavillon der Weltausstellung gesehen. Zu fragen, wo die Aufnahme wann gemacht wurde, ist hier kleinkariert.

Und welche Darstellung des Spanischen Bürgerkrieges hätten die Historiker lieber gesehen? Die Tatsachen sind vereinfacht, aber nicht falsch.

Gerhard Leo, O 1182 Berlin

Ein bloßgelegtes Geflecht von Wahrheit und Lüge

Die Museumswerkstatt im Thälmannpark kommentiert ein „Antifaschistisches Traditionskabinett“

„Mit der Geschichte leben“ heißt ein mehrteiliges Projekt des Kulturamts Prenzlauer Berg. Formuliert wird mit diesem Titel ein hoher Anspruch, eine Aufforderung an alle, sich nicht leichtfertig loszusagen vom eigenen gelebten Leben: in der DDR und anderswo. Und auch nicht von der deutschen Geschichte davor. Mit der Geschichte leben heißt, sich immer wieder die Frage stellen: Was habe ich gemacht, oder Was hätte ich gemacht – 1933, 1941, 1953, 1961, 1969. Was tue ich heute und wie hängt das alles zusammen?

Nach Ausstellungen über den möglichen Umgang mit den Denkmälern des Sozialismus und über die Geschichte der Straßenumbenennungen im Bezirk gilt die Aufmerksamkeit nun dem „Antifaschistischen Traditionskabinett“. Dieses wurde 1986 im Thälmann-Park eingerichtet, jener städtebaulich so mißglückten Wohnanlage zwischen Greifswalder Straße und Prenzlauer Allee, der bei ihrer Errichtung die einzigartigen, denkmalgeschützten Gasometer entlang der S-Bahn weichen mußten gegen den Protest der Anwohner. Wie hoch, oder besser: wie gering die damals Mächtigen wirkliche Zeugnisse von Industrie- und Arbeiterkultur schätzten gegenüber der Herstellung eines kleinbürgerlichen Idylls in Plattenbauweise, zeigten sie so – das Wohl der Arbeiterklasse im Munde führend – überdeutlich.

Ein sinnverdrehter, weil sinnentleert und formelhaft gebrauchter Begriff der DDR-Sprache war der „Antifaschismus“. Der Kampf gegen Hitler, an dem ja tatsächlich viele der späteren „Repräsentanten von Partei und Staat“ teilgenommen hatten, diente als zentrale Legitimationsmetapher der Macht, wurde nach außen gekehrt in der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik und erfuhr die wohl absurdeste Instrumentalisierung in der Interpretation der Berliner Mauer als „antifaschistischem Schutzwall“. Was angeblich nach außen wehrhaft war, diente in Wirklichkeit der Repression nach innen.

So auch die verordnete antifaschistische Gesinnung, die mit Aufarbeitung nationalsozialistischer Vergangenheit und Aufklärung über das Wirken des Widerstands nicht viel zu tun hatte. Das „Antifaschistische Kabinett“ im Thälmann-Park war einer von vielen Orten, an denen Ideologie eingeübt wurde, an denen man lernen sollte, daß die Schrecken der Vergangenheit auf Grund der konsequenten Arbeit der Partei und mit brüderlicher Hilfe der Sowjetunion überwunden werden konnten,

daß nunmehr alles in besten Händen sei und man abschließend vor den Opfern den Kopf in Demut zu neigen habe.

Aus den komplizierten sozialen Kämpfen im 20. Jahrhundert, den Verirrungen von Geist und Tat, die Millionen von Menschen das Leben gekostet hatten, war in dieser Darstellung ein ganz einfacher Vorgang geworden. Versucht wurde der Betrug mit einer geschickt angeordneten Präsentation von geschichtlichen Fakten, und durch Verschweigen unangenehmer und widersprechender Tatsachen. Natürlich könnte man eine solche Ausstellung schließen, und auf längere Sicht wird daran kein Weg vorbeigehen. Vorläufig jedoch ist sie ein Dokument des deformierten Blicks auf die Wirklichkeit, das es zu studieren lohnt. In das Geflecht von Wahrheit und Lüge, von Authentizität und Legende einzudringen und es bloßzulegen, ist das Ziel des widerlegenden Kommentars, den eine Gruppe von sieben Historikerinnen und Historikern aus Ost und West erarbeitet hat und der die ansonsten unverändert bestehende Ausstellung ergänzt. Auf kleinen gelben Täfelchen werden Fakten zurechtgerückt, weggelassene Informationen nachgeliefert, oder einfache Fragen gestellt, wie: Wer ist hier zu sehen? Immer wieder nämlich kommt es vor, daß Bilder von Widerstandskämpfern (oder sind es gar keine?) ohne Namen und Bezug zu nebenstehenden Texten wie optisches Futter gereicht werden.

Bis der Besucher zum Thema Antifaschismus vorstoßen kann, hat er zunächst einen Schnellkurs in KPD-Geschichte hinter sich zu bringen. Allerdings in einer Primitivversion, die selbst für hartgesottene Dogmatiker schwer erträglich sein dürfte. Sämtliche Widersprüche sind getilgt: Ernst Thälmann (andere Vorsitzende werden nicht erwähnt) wußte immer das richtige Wort zur richtigen Zeit, die Partei führte seine Anweisungen gewissenhaft aus, und wieso die Nazis dann plötzlich die Macht ergreifen konnten, wo doch die Arbeiterklasse bestens organisiert war, ist eigentlich nicht zu verstehen. Verschwiegen werden die heftigen Auseinandersetzungen in der deutschen Arbeiterbewegung der zwanziger Jahre, der verhängnisvolle Einfluß von Stalins „Sozialfaschismus“-Theorie, die partielle „Aktionseinheit“ der KPD mit der NSDAP.

Als der Faschismus dann unerklärlicherweise an der Macht ist, machen die Kommunisten wohlorganisiert weiter: mit Maschinengewehren verteidigen sie illegale Plakataktionen, heldenhaft verstecken sie

ihre Mitgliedsausweise, eisern halten sie bei Gestapoverhören den Mund. War doch eigentlich alles gar nicht so schlimm, möchte man fast sagen, doch die Kommentierung holt einen auf den Boden der Tatsachen zurück. Die Sache mit den Waffen ist frei erfunden, und der religiös-bürokratische Umgang mit den Mitgliedsbüchern hat vielen Menschen, bei denen sie gefunden wurden, den Tod gebracht. Eine Kostprobe zum Thema Exil: „In der Sowjetunion bekamen die Emigranten einen Eindruck davon, was das heißt: Aufbau des Sozialismus“, steht an der Wand. Kein Wort davon, daß Tausende von kommunistischen Emigranten im Gulag endeten oder – nach dem nirgends erwähnten Hitler-Stalin-Pakt – an die Gestapo ausgeliefert wurden.

Offensichtlich gefälscht sind die ausgestellten Folterwerkzeuge, die angeblich im wilden KZ Wasserturm auf dem Prenzlauer Berg verwendet wurden, gezeigt wohl nur wegen eines emotionalisierenden Schauereffekts. Und die Puppen, die 1944 von Frauen im KZ Ravensburg gebastelt worden sein sollen, sind, wie recherchiert werden konnte, eigens für die Ausstellung von einem Volkskunstzirkel des Kulturhauses im Thälmann-Park angefertigt worden. In Ermangelung eines Originalzaunpfahls aus Auschwitz besorgte man sich einen aus den Beständen der Grenztruppen, usw. usw.

Die Ausstellung, so wie sie jetzt – mit Kommentierung – zu sehen ist, produziert nicht mehr die Ideologie, sondern Wut darüber, daß mit den Betrogenen und Erschlagenen, den Gemaßregelten, den ins West-Exil gegangenen Oppositionellen der dreißiger Jahre so umgegangen wurde von ihren einstigen Genossen bzw. von „Historikern“. Dem Kabinett im Prenzlauer Berg wünscht man, daß bald mit einer wirklichen Erforschung des Widerstandskampfes in diesem Bezirk begonnen werden kann. Die letzten Zeitzeugen sollten schnell zu Wort kommen – sie haben lange genug darauf gewartet, die ganze Geschichte zu erzählen. MARTIN KOERBER

Mit der Geschichte leben: Ein antifaschistisches Traditionskabinett aus dem Jahre 1986 wird kommentiert noch bis 25. April 1992, Museumswerkstatt im Thälmann-Park, Dimitroffstraße 101, (Ecke Greifswalder Str.), Montag und Mittwoch 10 – 17 Uhr, Dienstag und Donnerstag 10 – 19 Uhr. An jedem 1. Montag des Monats um 19 Uhr Gelegenheit zum Gespräch mit Mitarbeitern der Museumswerkstatt.

Zur Ausstellung im antifaschistischen Traditionsmuseum am Thälmannpark und ihrer 'Kommentierung' (Stand November 1991)

Vorbemerkung:

Dokumentations-Museen zum Kampf und Widerstand gegen den Faschismus, seine Ursachen und Vorgeschichte halte ich für unerlässlich. Auch eine Würdigung aller Antifaschisten, besonders derjenigen, die ihr Leben eingesetzt haben, - aber auch aller Opfer und Verfolgten -, ist Pflicht einer jeden Demokratie.

Beides kann aber nur unter Beachtung der vollen historischen Wahrheit realisiert werden. Der antifaschistische Widerstand darf weder verschwiegen oder unterschätzt noch verleumdet oder gar verfälscht werden. Der neofaschistischen Lüge und Propaganda muß ebenso entschieden entgegengetreten werden wie einer einseitigen Geschichtsdarstellung.

Andererseits darf der Widerstand gegen den (deutschen und internationalen) Faschismus) - und nicht nur in den Jahren von 1933 bis 1945 - nicht unhistorisch dargestellt oder gar 'verklärt' werden.

Zur Gesamtkonzeption der Ausstellung:

Geschichte kann man zwar in Werken der Literatur bei "künstlerischer Freiheit" verändert darstellen, ohne sie zu verfälschen; in historischen Ausstellungen muß sie jedoch möglichst exakt, umfassend und in ihren wesentlichen Erscheinungen verdeutlicht werden.

Man muß daher unterscheiden zwischen historischer Dokumentation und einer Weihestätte. Aus erster zieht der Besucher (wenn überhaupt) 'Lehren'; in einer Weihestätte wird er eventuell emotional ergriffen. Aber auch die Dokumentation löst Emotionen aus, - wenn sie beispielsweise bei der Darstellung des Widerstands den historischen Kampf (der Vielen) als Einsatz vieler einzelner Menschen klarmacht. Die 'Weihestätte' kann andererseits kaum 'anrühren', wenn sie vor allem repräsentiert, - wenn der Besucher nur den 'Kult' und nicht das 'umgesetzte Leben' fühlen kann.

Die Ausstellung am Thälmann-Park ist zum Teil Dokumentation, zum andern jedoch 'Gedenkstätte', 'Repräsentation', 'Personenkult' (allerdings nur ~~die~~ für 'den oder den') und 'Kult der Partei' (oder der 'Klasse'). Eine echte und nicht einseitige Dokumentation hätte die Bedeutung der Arbeiterklasse, der Kommunisten und auch einer ganzen Reihe führender Kämpfer keinesfalls herabgemindert, - wahrscheinlich sogar präzisiert.

Die Mischung von lückenhafter Dokumentation und 'Selbstbeweihräucherung' muß manchen Wahrheitssucher zumindest verstimmen.

In der Ausstellung wird der Antifaschismus weitgehend mit der Geschichte der KPD, bzw. der 'revolutionären Arbeiterbewegung' gleichgesetzt oder auf sie reduziert. Die Geschichte wird dabei als gesetzmäßige Entwicklung vom 'Manifest' bis zur 'DDR' vereinfacht.

das in Das verführt geradezu manche nicht-oder gar anti-kommunistische Kreise den antifaschistischen Widerstand selbst selbst Personen einzubeziehen, die den Hitler-Faschismus auf diese oder jene Weise gestützt und gefördert haben, aber später aufgrund interner Differenzen oder angesichts der drohenden Katastrophe im Krieg in 'Opposition' gingen. Ich denke dabei nicht an Stauffenberg usw., aber u.a. an Canaris und manche Generale und Wirtschaftsbesitzer.

Antifaschismus beschränkte und beschränkt ^{nicht} auch heute und morgen nicht auf 'Linke', - er schließt aber auch nicht Kräfte und Personen ein, die selbst auf andere Weise zutiefst reaktionär, konservativ und nicht selten sogar antisemitisch, rassistisch und nationalistisch denken und handeln, wenn auch nicht komplex und spezifisch 'faschistisch' (im allgemeinen) oder 'deutsch-nazistisch'.

Zwischen alten und neuen Konservativen und Faschisten gibt es fließende Übergänge - auch heute noch.

Andererseits gab und gibt es auch prinzipielle Gegensätze zwischen Stalinismus und echtem Antifaschismus. Das real anti-sozialistische Wesen des Stalinismus hat in vieler Hinsicht 'faschistische' Züge, - obwohl sich der Stalinismus innerhalb der Arbeiterbewegung (innerhalb der sozialistischen Linken) durchgesetzt hat, der Faschismus jedoch stets in der Welt der Rechten, des Nationalismus, des Antisozialismus und aller Feinde der Demokratie geboren wird.

Eingang und Treppenhaus:

(Zur Kommentierung: (Was ich nicht erwähne, halte ich für richtig))
"Revolutionäre aus dem Bilderbuch - ohne Fehl und Tadel"

Natürlich kann man einige historisch herausragende Politiker, auch der Linken, hervorheben, - es müssen jedoch die Richtigen sein und auch nicht nur zwei, drei. Zwar machen nicht 'Männer die Geschichte' (auch Frauen nicht allein), aber man darf ~~auch~~ die 'Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte' nicht unterschätzen.

Bebel, - vorher auch Marx und Engels - , Liebknecht, R. Luxemburg und etliche andere (auch Lenin) sollte man schon richtig einordnen.

Wollte man sie mit jedem 'Fehl und Tadel' vorführen, müßte man stets die Biografie anhängen. In Museen ist das schwierig und auch nicht notwendig. Wozu dann die Bemerkung "ohne ..." ?

Auch "als Vorbilder" kann man sie 'präsentieren', sofern sie trotz

allär 'Mängel' welche sind!

Zum 1. Raum:

Statt die Parteigeschichte zu zeigen hätte man die g a n z e Vorgeschichte des deutschen Faschismus (und die Wesenszüge des Faschismus überhaupt) breit darlegen sollen. (Außerdem kann man die Widersprüchlichkeit der Parteientwicklung nicht ganz übergehen, obwohl es sich in der Antifa-Ausstellung erübrigt, alles zu detaillieren.)

Die 'enge Verbindung' von 'Militärischem' mit dem Antifaschismus ist ^{in der Antifa-Ausstellung} einseitig dargestellt und betont; ^{die Verbindung ist} ~~das~~ beruht aber ~~wahrscheinlich~~ nicht grundsätzlich auf 'militaristischen' Neigungen sondern auf vielen historischen Erfahrungen (theoretisch gestützt auf die Beschäftigung mit den verschiedensten Volkserhebungen, - Bauernkrieg, 1848, Pariser Kommune, 1918-19, - und auch praktisch erfahren in der Novemberrevolution, im Kapputsch und im Kampf mit den schon vor dem RFB gegründeten rechten ~~para~~ para-militärischen Organisationen, ^{besonders} ~~der SA~~).

Der deutsche und italienische Faschismus wurde, wie bekannt, nicht nur in Spanien militärisch 'gekontert' sondern erst im 2. Weltkrieg militärisch geschlagen. Der militärische Kampf gegen den Faschismus hatte eine große Bedeutung!

Das rechtfertigt allerdings nicht, den Widerstand allein im 'Kampf' oder gar in Waffengängen zu sehen, - und auch nicht alle revolutionäre Politik auf den 'Spaß' am 'Schießen' zu beschränken oder gar, als S p a ß an Gewalt zu betrachten!

Die Ausstellung von Waffen ist im Zusammenhang mit 'Spanien' und dem 2. Weltkrieg (- es gab ja auch d e u t s c h e Partisanen, usw.) eingebracht, aber in M a ß e n ! (oder im Foto!)! Doch im Zusammenhang mit illegalen Flugblatt-Aktionen usw. haben Waffen (vielleicht mit Ausnahme von Harro Schulze-Boysen und wenigen anderen) keine Rolle gespielt (schon garnicht so gewaltige).

Zum 2. Raum:

"der antifaschistische Widerstand muß hilflos und unwesentlich erscheinen...". Das ist relativ zu sehen. Er war im Verhältnis zur faschistischen Macht oft hilflos und 'unbedeutend'. Historisch gesehen, hat er innerhalb Deutschlands nur relativ wenig bewirkt. A b e r man darf seine Bedeutung auch nicht unterschätzen. O h n e ihn wäre der Faschismus noch 'ungehemmter' gewesen und hätte ~~er~~ sich sicherlich noch einige Monate länger halten können. Ohne den Widerstand wäre auch ~~heute~~ die Auseinandersetzung mit jeglichem Faschismus und Neofaschismus ^{heute} schwieriger.

Alle 'Widerständler', die 'herausragenden' u n d die vielen, vielen 'kleinen', hatten es im immer hitler-hörigeren Deutschland so schwer, - waren täglich vom Tod bedroht, - daß ihr historischer Beitrag trotz seiner 'Begrenztheit' a u s r e i c h e n d belegt werden muß (auch in der neuen Bundesrepublik!). Dabei sollte man nicht nur das Leid von Millionen sondern auch das Heldentum (ja: 'Heldentum'!) vieler Einzelner erlebbar machen. Und man darf auch nichts verfälschen oder die Proportionen verschieben. Die Kommunisten waren längst nicht die einzigen, die so oder so Widerstand übten; aber sie u n d viele Sozialdemokraten und andere Menschen ^{aus} der Arbeiterschaft ^{und} anderen werktätigen Schichten ^{haben} nicht zuletzt aus der 'Intelligenz' ^{haben} mehr oder weniger 'flächendeckend' (wenn man mal so sagen darf) Widerstand geleistet u n d die meisten Opfer gebracht. Widerstand aus den 'oberen Schichten' und aus der sog. 'Elite der Nation' war selbstverständlich Widerstand, - doch darf man ihn weder aussparen (wie das die Dogmatiker gemacht haben) noch als d e n Wi-stand darbieten, ehren und als allein 'ehrenhaft' propagieren! Die KPD war nicht die "einzige Kraft...", aber sie war eine 'hartnäckige' und 'vielseitig wirksame' Kraft gegen den deutschen und z.T. auch nicht-deutschen Faschismus.

Die sowjetischen "Befreier" waren tatsächlich historisch unsere Befreier vom Faschismus, zusammen natürlich mit den anderen Alliierten! Man darf auch nicht übersehen, daß die UdSSR die bei weitem größten Opfer gebracht hat, und daß sie trotz des Stalinismus einen objektiv historisch~~en~~-fortschrittlichen Krieg ~~ganz~~ geführt hat. Nicht "die" Befreier "töteten" ^{auch} sondern : der Krieg brachte auch auf sowjetischer Seite Erscheinungen hervor, die den Kriegszielen widersprachen und die Befreiung diskriminierten. Das war übrigens bei einigen Einheiten der Alliierten ähnlich. Im Übrigen kenne ich selbst Fälle, wo Vergewaltigung hart bestraft wurde, in Verbindung mit Körperverletzung ^{oder Mord} ~~sogar~~ mit Erschießen. Mord oder Totschlag durch sowjetische u.a. alliierte Soldaten war ein Verbrechen gegen die alliierte Politik und meist einer Demoralisierung zuzuschreiben. Mord oder Totschlag durch deutsche Soldaten (Soldaten!, nicht nur SS-Leute) waren integraler Bestandteil der ganzen faschistischen Konzeption, Teil des generellen Massenmordes, - wesentlich vom Faschismus geprägt, - und auch von Menschen verübt, die (wenn man so will!) nicht 'demoralisiert' durch das Kriegserlebnis waren!

Das Exil in der SU war zunächst wirkliche Rettung für viele Antifaschisten (und andere, z.B. Spanier, Österreicher usw.). Und sie erleb-

* - wie aus kirchlichen Kreisen

ten t a t s ä c h l i c h in vieler Hinsicht den "Aufbau des Sozialismus", d.h. objektiv-sozialistischer Errungenschaften oder A n s ä t z e - und zugleich oder nach und nach auch die stalinistische Verfälschung der sozialistischen 'Züge', den anti-sozialistischen Terror usw. Die 'Asylanten' (und selbst solche, die den Terror erlebt haben) betonen heute noch, daß sie 'Sozialistisches' erlebt haben. Zugleich haben sie längst erkannt, woran die UdSSR untergehen mußte.

3. Raum:

Die Antifaschisten in Deutschland waren zwar, wie ich schon sagte, eine Minderheit, wenn auch keine "winzige".

Man kann in Museen auch Originale e r s e t z e n , wenn man darauf hinweist, - sogar Inschriften.

Tut man das nicht, so "offenbart" das noch lange keine "Kälte und Beziehungslosigkeit zur Welt der Opfer". Auch den Ausstellungsgründe und - Gestaltern sollte man ihre Würde nicht absprechen, - zumal sie meist s e l b s t Opfer waren und die Mit-Opfer geachtet und oft betreut haben. Auch viele sog. 'Kämpfer' verhielten sich keineswegs "beziehungslos" zu den 'Nur'-Opfern, zB. im Kampf gegen den "Holocaust" (auch bei der Rettung ~~der~~ einzelner jüdischer Menschen!).

Eine Dokumentation zum Widerstand gegen den Faschismus muß sich natürlich auf das unmenschlichen W e s e n dieser Erscheinung konzentrieren. Sie sollte ^{dabei} ~~z.B.~~ auch einzelne "Schicksale" einbeziehen, muß jedoch nicht 'ins Einzelne gehen'. "Wer war A. Bittner?" sollte (wie vieles andere) in gedruckten 'Beigaben' beantwortet werden.

Honeckers politische Rolle ist (nicht nur in diesem Museum) stets übertrieben worden, - im Positiven wie im Negativen.

Der Hohn in der Formulierung, daß nun die Foto-Lücke durch einen Mindergerichteten geschlossen werden "durfte", ist aber auf keinen Fall an gebracht.

"Vergessen" kann ein Text tatsächlich werden. Das muß nicht böswillig sein. Habe ich in vielen anderen, auch nichtpolitischen Ausstellungen erlebt, - ~~auch sinnentstellenden oder falschen, manchmal sogar verle-~~
~~geren~~

2. Weltkrieg:

Das Foto mit dem Erhängten sagt, doch wirklich genug. Es steht für tausende und abertausende, - es ^{zeigt} ~~ist~~ das W e s e n des Faschismus. Was würde uns sagen, wenn wir wüßten, "wer war.."? (Das muß ~~das~~ ^{aber} ~~noch~~ ^{Brüder} ~~ver-~~ ^{sein} ~~mittelt werden~~)

Schlimm ist (neben vielem anderem zum Krieg und seinen Ursachen), das

'Ausklammern' und verschämte Andeuten des Hitler-Stalin-Faktes, der nicht ganz wahrheitsgemäßen Erläuterung im Zusammenhang mit dem Verhalten der ~~SS~~ SU-Führung zum Warschauer Aufstand.

Auch manche Zahlen-'Spiele' sind fragwürdig. Es fehlt vor allem die Differenzierung der 'Opferzahlen', wodurch das Weltverbrechen an den Juden (und anderen Völkern) nicht klar wird.

Einzelnes:

Die Wittenberg-Affäre ist nicht objektiv kritisiert, die 'Bolschewisierung' der KPD durch Thälmann kann man nicht mit wenigen Worten einschätzen: die 'Befehle' Stalins (über die KOMINTERN) wurden zumindest e i n - m a l von Thälmann nur nach heftigem Widerstand (1931) durchgeführt. Und Thälmann (der reale, nicht die Kultfigur) hat schon seit 1930 immer wieder versucht, die Einheitsfront von unten u n d oben zu schaffen, bzw. die Losung vom "Sozialfaschismus" zurückzunehmen (und nicht nur e r !).

Münzenbergs Tod ist inzwischen mit relativer Sicherheit "aufgeklärt". Der RFB entstand nicht aus "Lust" am Militärischen und an "harten Kämpfern" sondern aus historischen Erfordernissen (Siehe vorher S.3) "Der" RFB überfiel auch keine "SPD-Versammlungen" und verübte auch keine "Morde". Man muß auch die Geschichte des RFB h i s t o r i s c h sehen, auch in ihrer Widersprüchlichkeit. Auch im RFB wirkten Sektierer, Rauflustige, mitunter auch Asoziale und Kriminelle. Danach kann ^{man} aber weder den RFB noch andere linke Organisationen beurteilen. War etwa die SPD oder die Regierung der 'Volksbeauftragten' eine Mörderbande (oder verübte sie "auch Morde"), weil Moske ("Einor muß der Bluthund sein.") durch schwarzweiß-rote Halbfaschisten unzählige Aufständische und Nicht-Aufständische morden ließ?

Es gab auch Morde "an Polizisten und Nazis", aber auch Morde an Arbeitern, Kommunisten, ^{in sozialistischen} und zwar durch Nazis und Polizisten.

Die einseitige Betrachtung ist eben einseitig. Der RFB war wesentlich eine linke Schutzorganisation, kaum anders als das Reichsbanner.

Die 'Einheitsfront-Politik' der KPD zielte mitunter (und bei vielen ausschließlich) auf 'Vereinnahmung' der 'Anderen', ^(sich) prinzipiell und meist auf echtes Zusammengehen. "Ansätze zur Gemeinsamkeit" gab es nicht nur unten "im Alltag" sondern mehr und mehr auch o b e n !

Im DVG-Streik konnte sich die RGO nicht ausschließen, nachdem die Nazis den Streik eingekürrt hatten. Erstens der Sache wegen und zweitens der Arbeiter wegen, auch wenn sie den Nazis nachliefen. Die Gründung der RGO selbst war natürlich f a l s c h !

Die Regierung 'Papen' war tatsächlich "reaktionär" und auch dann ein Übergang zur Schleicher- und später zur Hitler-Regierung, wenn sie nicht über den Streik gefallen wäre. Nicht durch den 'Sturz' der Papen-Regierung "war damit der Weg frei für Hitler" sondern durch die schrittweise verwirklichten Machenschaften der 'Mächtigen', die 'einsahen', daß sie die 'Bewegung von unten' nicht mehr ohne offene Diktatur 'im Griff' halten konnten.

Die Beteiligung der RGO beim BVG-Streik sollte man auch nicht andeutungsweise in die Nähe des "Weges" von AH zur Macht bringen.

Wie sollte man m.M.n. mit dem MUSEUM verfahren? :

1.) die Kommentierung verbessert, evtl. ergänzen oder (!) berichtigen,
2.) darauf hinarbeiten, daß alle echten Dokumente (auch Fotos usw., usw. vom Prenzlauer Berg) vom Museum an der Stauffenbergstraße übernommen werden, - und (ergänzt durch Material aus anderen Bezirken) in einem Raum ausgestellt und natürlich kommentiert werden, der als Beispiel für den Widerstand in Berliner Bezirken dienen könnte.

Selbstverständlich müßten dann Materialien des nicht-kommunistischen Widerstands hinzugefügt werden, - sowie Materialien über die Opfer des Holocausts usw.

3.) falls dieser Weg nicht beschritten wird, müßten viele Dokumente und Materialien auf jeden Fall archiviert werden.

Berlin, den 30.11.91.



(Alfred Becker)

(Teilnehmer am Widerstand)

(Architekt)

Ausstellung im Thälmann-Park

Das „Traditionskabinett Antifaschistischer Widerstandskampf 1933 - 1945“ wurde 1986 im Zusammenhang mit der Einweihung des Thälmann-Denkmal im Prenzlauer Berg eingeweiht. Am 23. September 1991 erfolgte eine zweite „Einweihung“, diesmal als Museumswerkstatt. Bis zum 26. April 1992 wird hier eine kommentierte Ausstellung zum „verordneten Antifaschismus“ gezeigt.

Im Gegensatz zu dem zu befürchtenden Abbau der Ausstellung hat sich das Kulturamt Prenzlauer Berg in Zusammenarbeit mit dem „Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin“ entschieden, die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit nicht zu unterdrücken. Sieben Historikerinnen und Historiker aus Ost und West haben sich mit dem Gezeigten auseinandergesetzt und ihre Gedanken dazu in Kommentaren geäußert. Hierbei wird in vielen Fällen harte und berechtigte Kritik geübt. So ist es zum Beispiel falsch, wenn suggeriert wird, daß der ausgestellte Stacheldraht aus Auschwitz stammt, tatsächlich aber den Grenztruppen der DDR gehörte. Andererseits wird aber auch dem zu DDR-Zeiten Gezeigten eine neue Einseitigkeit entgegengesetzt. So wird aus der jüdisch-kommunistischen Widerstandsgruppe um Herbert Baum eine lockere Ansammlung von Zwangsarbeitern, was auf fehlendes historisches Wissen schließen läßt.

Eine eigentlich erforderliche Auseinandersetzung mit den vorher Verantwortlichen war nicht möglich bzw. wurde vermieden. Auf die Frage an den ehemaligen Leiter des Hauses, Dr. Günter Wehner (der während der Pressekonferenz nicht anwesend sein durfte), wie er die Kommentare bewerte, antwortete er: „Die Kommentare spießen polemisch alle Schwachstellen bzw. Unsinnigkeiten der Ausstellung auf. Sie gehen aber in ihrer Aussage nicht immer sensibel genug mit der kritisierten Thematik um, so daß neue einseitige Wertungen und Eindrücke entstehen können.“

Man merkt der Ausstellung, die sich als ein Diskussionsanstoß versteht, die Betroffenheit und teilweise auch Wut der Macherinnen und Macher an. Sie müssen sich allerdings mit dem Vorwurf der Besserwisserei auseinandersetzen. Für die Kommentierung sind „Wessis“ und „Ossis“ verantwortlich, also „Besser-Wessis“, die hier neben der anzuerkennenden guten Leistung auch einige Fehlritte fabriziert haben. Schade.

Kurt Schilde
Museumswerkstatt im Thälmann-Park, Dimitroffstraße 101 (Ecke Greifswalder Straße), Montag bis Donnerstag 10 bis 17 Uhr geöffnet. Jeden ersten Montag im Monat wird ab 19 Uhr die Gelegenheit zur Diskussion mit den Autorinnen und Autoren geboten.

Die Mahnung, Zentralorgan demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgten-Organisationen, hrsg. vom Bund der Verfolgten des Naziregimes, Berlin, Ausgabe vom 1. Dezember 1991

Susanne zur Nieden

Berlin, den 10.12.91

Motto: "Eben deshalb darf es keine Opfer geben (Menschenopfer), weil der geopfert Mensch nichts ergibt. Es ist nicht wahr, daß die Opfer mahnen, bezeugen, Zeugenschaft für etwas ablegen. Das ist eine der furchtbarsten und gedankenlosesten Poetisierungen. (...) Auf das Opfer darf sich keiner berufen. Es ist Mißbrauch. Kein Land und keine Gruppe, keine Idee, darf sich auf ihre Toten berufen."
Ingeborg Bachmann aus dem Nachlaß

Eine fundierte Kritik zu der Kommentar-Ausstellung zum Antifaschistischen Traditionskabinett "Mit der Geschichte leben" kann ich Dir nicht geben. Ich habe mir die Ausstellung zwar gründlich angeschaut, mir aber keine Notizen gemacht. Mir schien sie dem Anspruch der AusstellungsmacherInnen, einen ersten Schritt der Kritik zu machen, durchaus angemessen. Es darf nur nicht bei diesem ersten Schritt stehen geblieben werden. Mir ist aufgefallen, daß die KommentatorInnen häufig die Stellen kritisch herausgriffen, an denen gefact, gefälscht, ausgelassen und gelogen wurde. Das ist wichtig, aber es geht nicht weit genug. Um ein Beispiel zu bringen: Es wurde kritisch angemerkt, daß die ausgestellten Bastelgegenstände und die KZ-Kleider - anders als die Vitrinenunterschrift suggerierte - nicht echt, sondern nachgemacht wurden. Die Imitation, die zweifellos in der Regel einen Moment von Publikumsvordummung enthält, über deren möglichen didaktischen Sinn man aber streiten kann, scheint mir gar nicht der springende Punkt zu sein. Zu fragen wäre vielmehr nach dem Status dieser Objekte, gleichgültig, ob echt oder imitiert. Im Wolgograder Museum der Stalingrader Schlacht bezeichnete man mir gegenüber Objekte - wie zum Beispiel ein zerschossenes Parteibuch eines gefallenen "Helden der Sowjetunion" als "Reliquie", d.h. Gegenstände, die auf Parteinahme für den Sozialismus und auf den Tod im Kampf gegen den Faschismus verweisen, bekommen denselben Status, den für Christen ein Splitter aus dem Kreuz Jesu hat - beides verweist auf einen sakralisierten Opfertod. Gegen diese Sakralisierung der Geschichte mit Berufung und unter Mißbrauch - würde Ingeborg Bachmann sagen - der wirklichen Geschädigten, Getöteten und Mißhandelten gilt es anzugehen. Die KommentatorInnengruppe problematisiert zwar im Zusammenhang mit dem wahrlich graulichen "Opfer"-Raum die sakrale Inszenierung, mir scheint sie aber nicht einfach Teil der Inszenierung zu sein, sondern ein wirkliches Grundproblem dieser Form des "Antifa"-Erbes. Wichtiger als sich bei den oft lächerlichen kosmetischen Geschichtsretouches aufzuhalten, scheint es mir, diese Form der einen Wahrheit ("objektiv" oder "parteilich" - wie es gerade in den Kram paßte) zu problematisieren, mit der jedem und jeder von klein auf abweichende Fragen abgewöhnt wurden. Widerspruch, Einspruch und Kritik wurde weniger durch Verfälschungen, sondern durch die Inszenierung des Faktischen, die Berufung auf

die "Lehren der GESCHICHTE", gebannt. Reichte das, was als wissenschaftlich, fortschrittlich oder als Klassenstandpunkt und richtig galt nicht aus, so reichte der Verweis auf die Opfer um die Kritiker zu kompromittieren. Half nicht mal das, so gab es für den Frevler noch Berufsverbot, Schikane und Knast. Gegen die Sakralisierung der Geschichte, bei der die Verfolgten (und zwar ausschließlich die politisch Verfolgten) zu Märtyrern stilisiert werden, um der eigenen Politik die Weihe des Einzig-Wahren zu geben, gilt es anzugehen: Totenkult zum mundtot machen, ein archaisches und immer wieder funktionierendes Mittel patriachaler Gesellschaften. Ich denke, erst solche bewußt provozierenden Überlegungen können deutlich machen, wie schwer es ist, mit dieser Geschichte zu leben.

Um es noch einmal zuzuspitzen, wir dürfen uns nicht darauf beschränken, die Unwahrheiten bei der Tradierung des "Antifaschistischen Erbes" zu kritisieren und zu korrigieren, wir müssen zeigen, daß verordnete Geschichte(n) in der DDR (natürlich nicht nur da) Herrschaftsmittel war, die Macht und Unterdrückung legitimierte. Wichtiger als hier von fachwissenschaftlicher Seite zu verbessern, scheint es mir Betroffene verschiedener Generationen selber zu fragen, wie manche durch dieses "Erbe" begünstigt wurden, wie es mit dazu beitrug Einverständnis, Glauben und Verdrängung zu produzieren, die kritische Sicht auf die DDR-Realität verstellte, tabuisierte oder wie andere mit diesem Erbe geknebelt, eingeschränkt und zurechtgebogen wurden.

Lernen bei Thälmann

Anmerkungen zu dem Unternehmen "Eine Ausstellung wird kommentiert"

Ein "aktives Museum" will inzwischen jeder. Über das, was darunter konkret zu verstehen ist, bestehen jedoch häufig nur allenfalls vage Vorstellungen. Umso glücklicher dürfen wir uns schätzen, daß bei dem Unternehmen "Ausstellungskommentierung" am Prenzlauer Berg in praxi vorgeführt wird, was aktive Museumsarbeit sein kann. Diese Kommentierung ist ein kleines Meisterstück aktiven Umgangs mit historischer Überlieferung. Es kommt selten vor, daß in einem historischen Augenblick das Richtige getan wird. Der Zusammenbruch der DDR hatte im allgemeinen die Folge, daß die Selbstdarstellung des untergegangenen Staates umstandslos durch das Geschichtsbild des Siegers ersetzt wurde und wird. Dieses Verfahren bleibt den Denkstrukturen der ehemaligen DDR verhaftet. Auch hier erklärten die Repräsentanten der jeweils siegreichen Parteilinie ihre unterlegenen politischen Gegner zu "Unpersonen", bis in die letzten Tage hinein, wie im Traditionskabinett zu besichtigen: Unter Interims-Pharao Krenz wurde das Bild des gestürzten Pharao Honecker aus der Ausstellung entfernt.

Die Entscheidung der Projektgruppe, die 1986 im "Traditionskabinett" fertiggestellte Ausstellung über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im allgemeinen unter Berücksichtigung des Prenzlauer Bergs im besonderen bei zentraler Herausstellung des Hamburgers Thälmann, nicht abzureißen, sondern sie stattdessen zu kommentieren, ist an sich schon ein inhaltliches Argument von großem Gewicht. Sie verweigert nämlich der Ausstellung den schnellen Tod durch Austausch des Dogmas und zwingt sie auf den Prüfstand der kritischen Reflexion, was immerhin die Möglichkeit einschließt, daß die kritische Prüfung auch die relative Wahrheit, das Richtige im Falschen der Ausstellung zutage fördern kann. Indem sie diese Möglichkeit des Bewahrens eröffnet, denunziert sie die Politik der neuen Herren (und wenigen Damen), die mit dem Dogma zugleich den kritischen Geist in die Rumpelkammer verbannen möchten.

Trotz dieses positiven Ansatzes hätte das Unternehmen auf dieser Stufe noch scheitern können, wenn nämlich durch die Kommentierung nur eine neue, unumstößliche Wahrheit präsentiert und die alte Ausstellung mit triumphaler Geste als die Folie vorgeführt worden wäre, auf der die neue Wahrheit hätte erstrahlen können. Dieser Fehler wurde jedoch vermieden, und zwar auf folgende Weise:

1. Die Kommentierung ist sparsam, und zwar sowohl in ihrer grafischen Gestaltung wie in ihrer bewußt begrenzten Textmenge. Sie verdeckt an keiner Stelle die originäre Ausstellung.
2. Die Kommentierung ist von unterschiedlicher Qualität. Folgende Kommentartypen sind mir aufgefallen:
 - grundsätzliche Kritik an der Ausstellungskonzeption
 - Richtigstellungen und Ergänzungen

- falsche Kritik
- alberne Kritik

Die Ausstellung arbeitet mit Photos, Dokumenten und Objekten, wobei durchgängig der inszenatorische Wille spürbar ist. Die Inszenierung zielt nicht auf intellektuelle Verarbeitung, sondern auf Emotionen: Ergriffenheit und Stolz auf die Arbeiterklasse, aber auch Wut und Empörung über die faschistischen Verbrecher. Die Inszenierung geht bis zur religiösen Metaphorik. Liebknecht, Luxemburg und Lenin werden als Dreieinigkeit präsentiert, wenn auch Lenin den beiden anderen gegenüber hervorgehoben wird. Diese auf Identifikation zielende Anordnung kann natürlich Hinweise auf Differenzen der drei untereinander nicht zulassen. Das würde gleichsam den heiligen Akt stören. Dieses Abstellen auf den Affekt, das Einbinden in eine von Zweifeln und Widersprüchen gereinigte Kampftradition der Arbeiterklasse, zudem noch verkürzt auf die Rolle der Partei, die als Avantgarde das Ganze zugleich führt und repräsentiert, sind schon problematisch. Kriminell wird es jedoch, wenn Objekte nachgearbeitet werden, ohne dies dem Besucher mitzuteilen, um ihn in der Illusion des Authentischen zu lassen. Dieses Verfahren wird in der Kommentierung zu Recht scharf angegriffen, und zwar nicht nur, weil der Besucher manipuliert wird, sondern auch, weil dieses mittelalterliche Verständnis von Wahrheit - wenn es die einschlägige Urkunde nicht gibt, dann fälscht man sich eine - die Ausstellung selbst zerstört. Denn wenn man an einer x-beliebigen Stelle der Ausstellung merkt, daß man mit Scheinauthentizität an der Nase herumgeführt wird, dann verfällt die gesamte Ausstellung dem Manipulationsverdacht.

Ans Mittelalter erinnert auch die Tendenz der "marxistisch-leninistischen" Historiographie (für die Marx wie Lenin die Verantwortung ablehnen würden), die Geschichte der Partei als widerspruchsfreie Heilsgeschichte darzustellen. So wird in den Kommentaren zu Recht darauf verwiesen, daß man das Nichtzustandekommen der Einheitsfront gegen die Hitler-Bewegung vor 1933 kaum erklären kann, wenn man die gegen die SPD gerichtete Sozialfaschismustheorie der Komintern verschweigt. Es stimmt verdrießlich, wenn auf die Geschichte der kommunistischen Jugendorganisationen eingegangen, Münzenberg und sein Schicksal jedoch nicht erwähnt werden.

Manchen Kommentaren sieht man allerdings an, daß der Blick auf die Ausstellung mehr flüchtig als kritisch gewesen ist. Es ist schon seltsam, den Ausstellungsmachern von 1986 vorzuwerfen, sie verschwiegen das Ergebnis des Spanischen Bürgerkriegs, wenn der Schlußsatz des nun nicht gerade langen Einleitungstextes zum Spanien-Abschnitt genau dies mitteilt. Selbst mit heißer Nadel strickend, ist es dann albern, bei einer Portraitgalerie von Widerstandskämpfern mit dem Gestus der Empörung zu vermerken, daß seinerzeit die Bildlegenden vergessen wurden. Da geht es den Ostdeutschen wie den Westdeutschen und jeder, der schon mal die Erstellung einer Ausstellung mitgemacht hat, weiß ein Lied von Vergeßlichkeiten und technischen Pannen zu singen. Man hätte ruhig das Manko benennen und selbst die Namen nachtragen können. Aber seltsamerweise wurde dies von den Kommentatoren "vergessen".

Merkwürdigerweise schaden diese Schlampereien der Kommentierung keineswegs, sondern wirken ganz im Sinne der Konzeption. Dieser Widerspruch löst sich auf, wenn man über das Ziel der Kommentierung nachdenkt. Es geht, wie schon mehrfach erwähnt, nicht um die Ersetzung der einen "Wahrheit" durch eine andere, sondern um das Nachdenken über Wahrheit. Die mengenmäßige Begrenzung der Kommentare fordert den Besucher auf, auch über die Bilder, Dokumente und Objekte nachzudenken, die nicht kommentiert sind. Von den Kommentaren zur distanziert-kritischen Betrachtung angeregt, wird er schnell merken, daß auch bei den nichtkommentierten Exponenten oft einiges im argen liegt. Weiterhin sollte ihn die recht unterschiedliche Qualität der Kommentare ermuntern, sich nicht einfach einer neuen Autorität auszuliefern, sondern sich selbst einen Reim zu machen, den er dann als seinen Kommentar auf die Leinen hängen kann, die just zu diesem Zweck von der Projektgruppe angebracht worden sind.

Die kommentierte Ausstellung aktiviert also den Besucher, sich mit der Geschichte und sich selbst, nämlich seinem Bild von der Geschichte und seiner Verortung in ihr auseinanderzusetzen. Dies ist auf diese Weise in keiner herkömmlichen Dokumentation oder Ausstellung zu erreichen. Man muß allerdings auch warnen. Glücksfälle sind nicht beliebig reproduzierbar und die kommentierte Ausstellung im "Traditionskabinett" bezieht ihre Attraktivität aus dem historischen Moment des Umschwungs und in spätestens einem Jahr wird die ganze Sache altertümlich erscheinen. Dann sollten die Historiker und Museumsgestalter am Prenzlauer Berg die Chance haben, ihr Bild der Geschichte zu zeichnen und der kritischen Betrachtung auszusetzen. Die Phase der Kommentierung des Alten wird bei der Schaffung des Neuen von Nutzen sein.

Zum Schluß soll im Becher der Euphorie der realistische Tropfen nicht fehlen. Man kann sich nämlich auch den Intentionen der kommentierten Ausstellung verweigern, in jedem unzureichenden Kommentar die Bestätigung des Alten, in jeder Kritik die Vernichtung des Tradierten sehen, mit einem Wort: mit derselben vorgefaßten Meinung aus der Ausstellung herausgehen, mit der man auch hineingegangen ist. "Ich unterstelle natürlich Leser, die etwas Neues lernen, also auch selbst denken wollen", hoffte, vielleicht etwas leichtsinnig, Altmeister Marx. Dies gilt ceteris paribus auch für Museumsbesucher. Bei denen jedoch, die nicht denken wollen, wären die Bemühungen auch des aktivsten Museums vergebens.

Frank Dingel

Die Straßenumbenennungen in Prenzlauer Berg - der Diskussions- und Entscheidungsprozeß

Am 4. Juni 1991 konstituierte sich auf Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung Prenzlauer Berg der Sonderausschuß zur Prüfung von Vorschlägen zur Umbenennung von Straßen und Plätzen im Bezirk. Der Ausschuß wurde geleitet vom Abgeordneten der SPD-Fraktion, Max Eberhard Neumann.

Die Abgeordneten des Ausschusses bemühten sich zunächst um die Erarbeitung von Kriterien für ihre Tätigkeit. Insbesondere wurde festgelegt, erst jene Straßennamen zu bestimmen, deren Umbenennung notwendig erscheint, um dann in einem zweiten Schritt neue Namen zu prüfen.

Das Bezirksamt, dem Vertreter/innen von SPD und Bündnis 90 angehören, faßte am 11. Juni 1991 einen Beschluß, in dem die politischen Ausgangspositionen aus der Sicht des Bürgermeisters und der Bezirksstadträte für die zu treffenden Entscheidungen mehrheitlich umrissen wurden:

1. Bekräftigung der bezirklichen Hoheit bei der Änderung von Straßennamen
2. Differenziertes Herangehen bei der Prüfung von Vorschlägen für Änderungen, Zugrundelegung historisch begründeter Kriterien, umfassende Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, Berücksichtigung des Kostenfaktors
3. "Das Bezirksamt vertritt aus grundsätzlichen historischen und außenpolitischen Erwägungen den Standpunkt, daß die Namen der im Bezirk nach ermordeten antifaschistischen Widerstandskämpfern benannten Straßen, die zudem früher in der Mehrzahl nach ehemals deutschen und heute in Polen bzw. der Sowjetunion gelegenen Städten benannt waren, erhalten werden sollten. Eine Neubenennung sollte erfolgen, wenn den Geehrten stalinistische Unrechtstaten nachgewiesen werden können oder in Berlin mehrere Straßen nach den entsprechenden Personen benannt sind."
4. Eine Umbenennung folgender Straßen sollte geprüft werden: Franz-Dahlem-Straße, Willi-Bredel-Straße, Erich-Weinert-Straße. Die Abstimmung mit anderen Bezirken macht sich bei der Leninallee, der Wilhelm-Pieck-Straße und der Dimitroffstraße erforderlich. Um- bzw. neubenannt werden sollten die Helmut-Just-Straße, der Lindenhöckweg, der sog. Platz am Stierbrunnen und die bisher unbenannte Straße zwischen Bezirksamt und Planetarium.

Nach Festlegung der aus Sicht des Sonderausschusses notwendig umzubenennenden Straßen wurden in mehreren, äußerst kontrovers geführten Beratungen Historiker und Betroffene (Angehörige bzw. Interessengruppen) angehört. Dies betraf die Debatte um die Dimitroffstraße, die Wilhelm-Pieck-Straße, die Leninallee, die Willi-Bredel-Straße, die Erich-Weinert-Straße, die Franz-Dahlem-Straße, die Wilhelm-Florin-Straße und die Helmut-Just-Straße.

Der Sonderausschuß veranstaltete zwei öffentliche Bürgerversammlungen (am 17. und am 25. September 1991), auf denen die Zwischenergebnisse des Ausschusses debattiert wurden. Auf diesen Veranstaltungen sprach sich eine Mehrheit der anwesenden Bürgerinnen und Bürger gegen Straßenumbenennungen aus.

Im Ergebnis der Tätigkeit des Sonderausschusses wurde schließlich am 26. September 1991 eine Empfehlung an die Bezirksverordnetenversammlung verabschiedet, die folgende Maßnahmen vorsah:

1. Rück-, Um- bzw. Neubenennung
der Helmut-Just-Straße in die Behmstraße,
der Dimitroffstraße in die Danziger bzw. Elbinger Straße,
der Franz-Dahlem-Straße in die Ella-Kay-Straße,
der Wilhelm-Florin-Straße in die Lilli-Henoch-Straße,
der Willi-Bredel-Straße in die Huchelstraße,
des Lindenhoekweges in den Dißmannweg,
der Erich-Weinert-Straße zwischen Prenzlauer Allee und
Greifswalder Straße in Silberschmidtstraße,
der unbenannten Straße zwischen Bezirksamt und Planetarium in
die Walter-Friedländer-Straße,
des unbenannten Platzes am Stierbrunnen in den Arnswalder Platz
2. Um an die ursprüngliche Straßenbenennung im Bruno-Taut-Viertel zu erinnern, bringt das Bezirksamt Erläuterungstafeln an den Straßenschildern derjenigen Straßen an, die früher die Namen von Gewerkschaftern trugen. Der Schriftzug "Wohnstadt Carl Legien. Errichtet von der GEHAG 1929 - 1930" soll an seinem ursprünglichen Platz wieder angebracht werden.
3. Aufgrund der hohen Kosten wird die Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe aufgefordert, Auskunft über den von ihr finanzierbaren Umfang von Straßenumbenennungen zu geben.

Damit setzte sich der Sonderausschuß vom Beschluß des Bezirksamtes vom 10. September 1991 ab, der mit den Stimmen der SPD-Vertreter/innen gefaßt wurde und weitere Veränderungen (Artur-Becker-Straße, Conrad-Blenkle-Straße, John-Schehr-Straße, Rudi-Arndt-Straße, Georg-Blank-Straße, Sottkestraße, Sültstraße, Trachtenbrodtstraße, Küselstraße) vorsah. Mit dem Beschluß wollte das Bezirksamt die Tätigkeit des Sonderausschusses beschleunigen.

Auf der XXIII. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung wurden jedoch die Empfehlungen des Sonderausschusses von der Mehrheit der Abgeordneten nicht aufgegriffen.

Vielmehr kam es auf mehreren, zeitweise tumultartigen Sitzungen der BVV, die eine geordnete Versammlungsleitung fast unmöglich machten, zu einer Antragsflut von Vorschlägen - insbesondere von der SPD- und der CDU-Fraktion. Dies, obwohl beide Fraktionen den Vorsitzenden bzw. den Stellvertreter des Sonderausschusses gestellt hatten und aufgrund ihrer Mehrheit die entsprechenden Empfehlungen getragen hatten. Eine detaillierte historische Begründung zu den Vorschlägen wurde nicht gegeben, eine qualifizierte politische Debatte kam unter diesen Bedingungen ebenfalls nicht zustande.

Während sich die CDU mit ihrem Vorschlag, alle nach 1933 umbenannten Straßen zurückzubenennen und für die später entstandenen Straßen verdiente Persönlichkeiten einzubeziehen, die gegen die Diktaturen gekämpft haben, nicht durchsetzen konnte, wurde der Antrag von Bündnis 90, eine umfassende Bürgerbefragung durchzuführen, ebenfalls abgelehnt. Die CDU orientierte sich dann vor allem auf die Rückbenennung im sogenannten Ostpreußenviertel, während die SPD auf die Rückbenennung im Taut-Viertel drängte. Auf Antrag der PDS wurde im Falle einer Umbenennung der Dimitroffstraße der Name Breitscheidstraße empfohlen.

Bis auf den Vorschlag, die Dimitroffstraße in Breitscheidstraße umzubenennen, der wegen des Ausschlusses von Mehrfachbenennungen (Breitscheidplatz) laut Berliner Straßennamengesetz nicht berücksichtigt werden konnte, bestätigte das Bezirksamt auf seiner Sitzung am 12. November 1991 die Beschlüsse der BVV.

Danach werden im Bezirk Prenzlauer Berg folgende Namensveränderungen vorgenommen:

Alt	Neu
1. Helmut-Just-Straße	Behmstraße,
2. Dimitroffstraße	Danziger bzw. Elbinger Straße
3. Franz-Dahlem-Straße	Ella-Kay-Straße
4. Wilhelm-Florin-Straße	Lilli-Henoch-Straße
5. Willi-Bredel-Straße	Schivelbeiner Straße
6. unbenannte Straße am Planetarium	Diesterwegstraße
7. unbenannter Platz am Stierbrunnen	Arnswalder Platz
8. Artur-Becker-Straße	Kniprodestraße
9. John-Schehr-Straße	Kurische Straße
10. Conrad-Blenkle-Straße	Thorner Straße
11. Sadtkestraße	Jäckelstraße
12. Sültstraße	Massinistraße
13. Küselstraße	Silberschmidtstraße
14. Georg-Blank-Straße	Dißmannstraße
15. Trachtenbrodtstraße	Elmstraße
16. Erich-Weiner-Straße	Friedländerstraße
17. Leninallee	Landsberger Allee

Das Bezirksamt empfiehlt ferner, den Lindenhoeckweg umzubenennen, (neue Namensvorschläge hatten auf der XXIII. BVV-Tagung keine Mehrheit gefunden.)

Die Fraktion von Bündnis '90, Grüne und UFV kündigte unterdessen die Einreichung einer Klage beim Verwaltungsgericht an: wegen Verstoßes der Geschäftsordnung der BVV bei der Beschlußfassung auf der XXIII. Tagung und wegen der beschlossenen Umbenennungen von nach ermordeten Antifaschisten benannten Straßen, die durch die gesetzlichen Grundlage nicht gerechtfertigen seien.

Das Datum, an dem die Straßenumbenennungen wirksam werden, ist noch nicht bekannt. Es wird u.a. von der noch ausstehenden gerichtlichen Auseinandersetzung abhängen. Eine Kalkulation für die dem Bezirksamt bzw. dem Land Berlin entstehenden Kosten liegt bislang nicht vor.

Thomas Flierl

Die „offene Wunde“ der großen Stadt

Zur Topographie des Terrors

Von Horst Seferens

„Das Provisorium dauert an.“ - Mit diesen Worten begann der Intendant der Berliner Festspiele, Ulrich Eckhardt, eine Veranstaltung zur Wiedereröffnung der Dokumentation „Topographie des Terrors“ auf dem ‚Prinz-Albrecht Gelände‘, wo sich während des NS-Regimes die Zentralen von Gestapo, SS und SD ballten. Nachdem von Juni bis Dezember 1991 hier eine Ausstellung zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion zu sehen war, ist nun die trotz aller Konzentration übersichtliche und informative Materialsammlung über das mörderische Walten der NS-Schreibtischhüter in punktuell aktualisierter, aber weitgehend unveränderter Gestalt zurückgekehrt. Nur die Bild- und Schrifttafeln wurden erneuert.

Doch mit dem Provisorium soll es nun ein Ende haben. So Eckhardt und der wissenschaftliche Leiter des Projekts, Professor Reinhard Rürup. Nach der ‚Wiederentdeckung‘ des Geländes Anfang der achtziger Jahre wurde 1987, nicht zuletzt unter dem Druck engagierter Bürger, die provisorische Ausstellungshalle eröffnet. Nachdem der Abschlußbericht einer vom Senat eingesetzten Kommission über die künftige Nutzung des Geländes seit fast zwei Jahren von einer Senatsverwaltung zur anderen wandert, soll nun, so Eckhardt und Rürup, das Konzept der Kommission noch im Laufe dieses Monats grünes Licht vom Senat erhalten.

Es sieht neben der authentischen Bewahrung der Geländes einen Drei-Stufen-Plan vor: Zunächst soll die provisorische durch eine identische massive Ausstellungshalle ersetzt werden. Langfristig sollen dann ein Dokumentationszentrum und eine internationale Begegnungsstätte entstehen. Die Trägerschaft soll, wie Rürup bei einer Podiumsdiskussion im Gropiusbau erläuterte, in den Händen einer „unselbständigen Stiftung des Landes Berlin“ liegen. So könne vor allem das begehrte Grundstück vor „Verwertungsdruck“ in Schutz genommen werden.

28

Doch gerade in dieser Institutionalisierung, das zeigten die Diskussionsbeiträge auf dem Podium und aus dem Auditorium, liegt das Problem. Denn einerseits soll die bürgernahe Vitalität des Provisoriums erhalten bleiben, aber andererseits soll sein fragiler institutioneller Status behoben werden.

Die Ostberliner Historikerin Annette Leo plädierte für ein basisnahes Konzept und warnte vor allem sterilen ‚Antifaschismus‘. Gerade in dem Augenblick, da Berlin wieder zum Zentrum von Macht werde, müsse die Brachfläche der SS-Terrorzentrale als „offene Wunde“ erhalten bleiben. Diesem Konzept eines aktiven Provisoriums schloß sich der Journalist Matthias Greffrath an, dem das Stiftungskonzept schon „fast zuviel“ bot.

Dagegen betonte die Leiterin des Holocaust Memorial Museums in Washington, Sybill Riltz, die Bedeutung dokumentarisch-wissenschaftlicher Aufarbeitung. Nachdrücklich sprach sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve für eine Beteiligung des Bundes an der Stiftung aus. Am künftigen Regierungssitz sei ständiger „Föderalismus- und Geschichtsdruck“ notwendig.

Deutliche Skepsis an dem Stiftungsmodell wurde aus dem Auditorium laut. Da der Stiftungsrat mehrheitlich mit Vertretern der Senatsverwaltungen besetzt sein werde, befürchteten die Bürgerinitiativen, daß die verdrängte deutsche Geschichte, die sie selbst vor zehn Jahren buchstäblich ausgegraben haben, durch politische Einflußnahme wieder verschüttet werden könnte. Diese Bedenken konnte Rürup auch durch den Hinweis auf die besonderen Kompetenzen des Beirates, der den Bürgerinitiativen ein Forum bietet, nicht ganz ausräumen.

Dennoch wäre ein Senatsbeschluß für die Gründung einer Stiftung ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sie könnte den Erhalt des Regierungsviertels des SS-Staates als Denk- und Mahnort sicherstellen. Damit wäre die Grundlage für ein aktives Museum mit Forschungs- und Begegnungsstätten geschaffen, das für eine kritische Öffentlichkeit offen sein muß. Sollte dies, so Greffraths Wunsch, in 20 Jahren Wirklichkeit sein, dann wäre das Trümmergrundstück im boomenden Berliner Zentrum in der Tat der Ort einer nachdenklich machenden Irritation.

Mit verspätetem herzlichem Glückwunsch an unser Mitglied Karola Bloch hier die Anzeige der Festschrift zu ihrem 85. Geburtstag:

Karola Bloch

» Ich gehe zu jenen,
die mich brauchen «

Festschrift zum 85. Geburtstag

„Ich gehe zu jenen, die mich brauchen“. Zum 85. Geburtstag von Karola Bloch, herausgegeben von Anne Frommann und Welf Schröter. Mit Beiträgen von Inge Jens, Jürgen Teller, Walter Jens, Gretchen Dutschke-Klotz, Nina Ranalter, Burghart Schmidt, Gajo Petrovic, Jan Robert Bloch u.a. 196 S., geb., DM 32,00, ISBN 3-89376-013-X.

Ab Dezember 1991 im Buchhandel erhältlich!

Talheimer Verlag - Postfach 2528 - 7400 Tübingen

talheimer

- 30 -

Neue Mitglieder stellen sich vor: Arbeitsgemeinschaft "Wider das Vergessen"

Anfang Juni 1991 bildeten wir, drei junge Berliner, diese Arbeitsgemeinschaft. Unsere Hauptaufmerksamkeit widmeten wir der Geschichte Berlins und seiner Umgebung in der Zeit des Dritten Reiches. Hier versuchen wir, die Auseinandersetzung mit der Geschichtsschreibung über diese Zeit kritisch und aktiv zu betreiben.

Das wichtigste an unserer gemeinsamen Arbeit ist es, daran zu erinnern, was damals geschah.

Als erstes Ergebnis können wir die Aufstellung einer Erinnerungstafel am ehemaligen Standort der SS-Sonderbaracken in Sachsenhausen bezeichnen. Hier wurden hochrangige Häftlinge aus dem Ausland von den Nazis gefangengehalten.

Auch in Zukunft sind solche Aktionen geplant. So möchten wir z.B. in Zusammenarbeit mit dem Bund der Antifaschisten Lichtenberg eine Karte über "Naziterror und Widerstand in Lichtenberg" anfertigen. Eben - wider das Vergessen.

Andreas Meyer, Petra Raake, Christian Radtke

Couragiert gegen Gewalt, Fremdenhass, Extremismus

Woher kommt dieser gewalttätige Fremdenhaß? Niemand verläßt seine Heimat aus Übermut oder Leichtsinne. Niemand gibt sein Haus, sein Dorf, seine Familie und Freunde auf, wenn er nicht durch Krieg, Elend und Hunger dazu gezwungen wird! Warum haben Deutsche in diesem Jahrhundert und zuvor ihre Heimat verlassen? Waren es „Wirtschaftsflüchtlinge“. Und warum sind es Deutsche, die Brandsätze in Flüchtlingsheime werfen? Warum schlagen deutsche Jungen mit Feigheit und in Gruppen auf Andersaussehende ein? Warum lernen schon Schulkinder die Brutalität der fremdenfeindlichen und rechtsextremen Sprüche kennen? Was kann ich tun? Wie gewinne ich dabei Sicherheit? Wie gehe ich mit den Opfern und ihren Tätern aber auch mit den Verantwortlichen in Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit um? Arbeit und Leben hat die Seminarangebote hierzu konkretisiert und wird sich - aufgrund der Nachfragen - beim Service für aufsuchende Fortbildung und Supervision um Erweiterung bemühen. Besonders sprechen wir hier Interessierte und Multiplikatoren aus regional- und projektbezogenen Bereichen der Freizeit-, Bildungs- und Arbeitswelt an, um nicht nur reaktiv, sondern auch präventiv und damit „couragiert gegen Gewalt, Fremdenhaß und Extremismus“ handeln zu können.

außer dieser
Fortbildung
bietet
Arbeit und Leben
noch Seminare
und Bildungs-
urlaub im Pro-
gramm "Angst -
Wut - Gewalt" an.
Bitte dort
anfordern.

Aufsuchende Fortbildung, Beratung und Supervision

- Termin, Ort, Honorar nach Vereinbarung.
- Anfragen unter 211 90 07

Elternversammlungen, Lehrer/innen-Konferenzen, Interessenvertreter/innen, Jugendklub-Mitarbeiter/innen, Bildungsträger und Referenten/innen, Schulklassen und Jugendgruppen, Lehrlinge und Ausbilder/Innen, Polizisten/innen und Sozialarbeiter/innen, Volkshochschulen und Gewerkschaften haben bisher angefragt. Wir bemühen uns, den Erwartungen auch weiterhin (und hoffentlich noch intensiver) zu entsprechen durch

- Dreistundenveranstaltungen (z. B. 19-22 Uhr)
- Tagesseminare (z. B. 10 bis 17 Uhr)
- Wochenendseminare (mit und ohne Übernachtung)
- Bildungsurlaubs-Seminare (z. B. 5 Tage mit Übernachtung)
- Gruppen-, Team-, Einzel-Supervision (systemisch)
- besondere Absprachen.

Wir bitten um möglichst längerfristige Terminvereinbarung, da wir uns bemühen, den Anfragen gerecht zu werden.

ARBEIT UND LEBEN - DGB/VHS

z.Hd. Axel Preuschoff

Keithstr. 1 - 3

1000 Berlin 30

Tel.: 211 90 07

Ankündigung:

Die Arbeitsgemeinschaft des Aktiven Museums "Frauen als Täterinnen im Nationalsozialismus" führt in Zusammenarbeit mit der Frauenakademie der Heimvolkshochschule Glienicke vom 27.-29.3.1992 ein Seminar durch zum Thema:

"Frauen im Nationalsozialismus: Opfer oder Täterinnen?"

Richtig! die Frage ist eigentlich falsch gestellt! Frauen waren natürlich beides. Als Verfolgte sind sie in nationalsozialistischen Konzentrationslagern umgekommen, als Aufseherinnen haben sie in der Vernichtungsmaschinerie selbst mitgewirkt. Diese Frauen bezeichnen allerdings nur die Extreme, sie sind leicht einzuordnen.

Was aber ist mit all den anderen Frauen? Wodurch sind Frauen in Beruf und Alltag zu Täterinnen geworden? Oder waren sie vielleicht sogar beides, Opfer und gleichzeitig Täterinnen?

Im Rahmen unseres Wochenendseminars werden wir mittels der Interpretation von **nationalsozialistischen Wochenschauen** den Fragen nachgehen, welche Rollenmuster und Identifikationsmöglichkeiten der NS den Frauen geboten hat, wie diese von Frauen aufgegriffen und gelebt worden sind.

Zwei **Zeitzeuginnen** sollen uns Hinweise darauf geben, wie und warum Frauen an der Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen Terrorsystems mitgewirkt haben. **Eva Sternheim-Peters** wird u.a. über ihre Zeit beim BDM berichten, **Ilse Schmidt** wird erzählen, was sie bewog, Stabshelferin zu werden und einige ihrer Erfahrungen schildern.

In **Arbeitsgruppen** wollen wir verschiedene Texte analysieren, um herauszufinden, wie die Beteiligung der Frauen in der Geschichtsschreibung über den NS seinen Niederschlag findet.

Als **Referentin** haben wir die Bonner Historikerin **Annette Kuhn** eingeladen. Sie ist Spezialistin auf dem Gebiet der Frauengeschichte und wird über ihr Verständnis von "Täterschaft von Frauen im NS" referieren und im Anschluß daran mit uns darüber diskutieren.

Beginn - Ende: Freitag, 18.00 Uhr - Sonntag 14.00

Teilnehmerinnenentgelt: DM 75,- (DM 57,50- ermäßigt)

Teilnehmerinnenzahl: 25 Frauen

Ort: Heimvolkshochschule Glienicke

Anmeldung: direkt bei der HVHS Glienicke

An die
Heimvolkshochschule
Jagdschloß Glienicke
Königstraße 36 b
1000 Berlin 39

Anmeldung

Hiermit melde ich mich an zu der Veranstaltung Nr.: 42

Thema: _____

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____ 1000 Berlin _____

Telefon: _____

Beruf: _____ Alter: _____

Unterschrift

DEUTSCHER BUNDESTAG

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

— Der Vorsitzende —

5300 Bonn 1
Bundeshaus
Fernruf (0228) 16 24 87
oder 161 (Vermittlung)

Frau
Christiane Hoss
Aktives Museum in Berlin e.V.
Köthener Straße 44

1000 Berlin 61

8. Januar 1992

Sehr geehrte Frau Hoss,

für Ihr Schreiben, das mir zuständigkeitshalber von Frau Professor Dr. Roswitha Wisniewski, MdB, übersandt wurde (Eingang 02.12.91), danke ich Ihnen.

Ihre Darlegung zur Problematik der Ehrenpensionen habe ich mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Wie Sie wissen, wird seit einiger Zeit in Gesprächen mit Vertretern der Betroffenen auf höchster Ebene intensiv nach einer Lösung der Problematik gesucht, die für alle Seiten vertretbar ist. Wegen der Bedeutung der Angelegenheit ist auch versucht worden, die Unterstützung möglichst aller Fraktionen des Deutschen Bundestages für eine solche Lösung zu erhalten.

Inzwischen haben sich die Gesprächspartner auf folgende Eckpunkte geeinigt:

- Für bereits gewährte Ehrenpensionen in der ehemaligen DDR wird Besitzschutz gewährt; das Leistungsniveau wird auf dem Niveau der Leistungen für Verfolgte (1 400 DM, Witwen/Witwerpension auf 800 DM) vereinheitlicht. Damit wird die bisher unterschiedliche Behandlung von "Kämpfern gegen den Faschismus" und den "Verfolgten des Faschismus" beseitigt.

- Ab 03.10.1990 wird eine Entschädigungsrente in Höhe von 1 400 DM für Personen, bei denen die Voraussetzungen für die Gewährung einer Ehrenpension vorlagen und bei denen die Versagung der Bewilligung mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar ist (Art. 19, Satz 2 des Einigungsvertrages), neu bewilligt.

- Die Entschädigungsrenten werden nach den Grundsätzen des Bundesentschädigungsgesetzes dynamisiert. Das bedeutet eine Anpassung an Veränderungen der entsprechenden Beamtenbesoldung. Die Erhöhung beginnt zu einem Zeitpunkt, an dem eine vergleichbare Rente nach dem Bundesentschädigungsgesetz in den alten Bundesländern (BEG-Rente in Höhe von 1 000 DM/Monat) die Höhe von 1 400 DM überschreitet.

- Eine Kürzung und Aberkennung von Entschädigungsrenten findet nur statt bei Personen, die gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße ihre Stellung zum eigenen Vorteil oder Nachteil anderer mißbraucht haben (entsprechend dem Einigungsvertrag). Die dafür beim Bundesversicherungsamt gebildete Kommission hat vor ihren Entscheidungen die Verfolgtenorganisationen zu hören.

Die ursprünglichen Vorstellungen der Bundesregierung über erhebliche Kürzungen in diesem Bereich sind damit nach Einbeziehung auch von Vertretern der SPD und der anderen Gesprächspartnern hinfällig geworden. Die angestrebte Lösung beruht auf einem breiten parlamentarischen Konsens, der mit Zustimmung des Zentralrates der Juden in Deutschland und der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten erreicht worden ist.

Die von Ihnen vorgetragenen Argumente werden in die parlamentarischen Beratungen einfließen. Um den Fraktionen und Gruppen im Ausschuß Gelegenheit zu geben, sich mit Ihrem Anliegen auseinanderzusetzen, habe ich Ihr Schreiben an die Obleute bzw. Sprecher

und Sprecherinnen der Fraktionen und Gruppen im Ausschuß weitergeleitet. Ich fasse es im übrigen als Petition im Sinne des Art. 17 des Grundgesetzes auf und leite es deshalb auch an den Petitionsausschuß zur weiteren Bearbeitung weiter.

Mit freundlichen Grüßen

G. Heyenn

(Günther Heyenn)

DER BUNDESMINISTER FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG

Geschäftszeichen
- IVa 2-96-Aktives Museum/91

☎ (0228)
5 27- 2445
oder 527-1 /2245

Datum
16. Jan. 1992

Aktives Museum Faschismus
und Widerstand in Berlin
z. Hd. Frau Christiane Hoss
Köthener Straße 44

1000 Berlin 61

Sehr geehrte Frau Hoss,

für Ihr Schreiben vom 29. Oktober 1991, in dem Sie Fragen zu den Ehrenpensionen nach der Anordnung über Ehrenpensionen für Kämpfer gegen den Faschismus und für Verfolgte des Faschismus von 1976 ansprechen, danke ich Ihnen.

Von einer Beantwortung Ihres Schreibens habe ich wegen der über diesen Themenkreis im politischen Raum geführten Diskussionen zunächst abgesehen. Nachdem nunmehr die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP im Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf über Entschädigungsrenten für Opfer des Nationalsozialismus im Beitrittsgebiet eingebracht haben, möchte ich Ihnen den wesentlichen Inhalt dieses Entwurfs mitteilen.

Die in den neuen Ländern z. Z. gezahlten Ehrenpensionen sollen unter Vereinheitlichung auf dem Niveau der Leistungen für Verfolgte des Faschismus als Entschädigungsrenten in Höhe von monatlich 1.400 DM weitergezahlt werden. Die Entschädigungsrente an Witwen/Witwer soll einheitlich 800 DM monatlich betragen. Bisher gewährte Leistungen an Waisen, Teilrenten wegen Körperschaden und Kinderzuschläge sollen, solange die für die Bewilligung maßgebenden Voraussetzungen vorliegen, unverändert weitergewährt werden.

Hauptdienstgebäude
Rochusstraße 1
Bonn-Duisdorf
Bushaltestelle Arbeits- und
Ernährungsministerium
Linien 625, 628, 800, 845

Dienstgebäude
Am Burgweiser 56
Bonn-Duisdorf
Bushaltestelle Am Schickshof
Linien 632, 635, 800, 845

Dienstgebäude
Langendorfer Hauptstraße 78-82
Bonn-Langdorf
Bushaltestellen Frechergasse
Linien 633, 843, 844
Schellengasse
Linien 622, 632, 633

Paketanschrift
Abhoffach
5300 Bonn 7
Telefon 846 641
Teletex 228 3650
Teletax (0228) 527-29 65

Postgirokonto der Bundeskasse Bonn
König 119 00-505, (BLZ 370 100 50)
oder
Bankkonto der Bundeskasse Bonn
Landeszentralbank Bonn 300 010 80
(BLZ 350 000 00), zugunsten BMA

BMA - 405 - 1078 V

Vorschläge zu Kürzungen der Ehrenpensionen, wie sie in der Öffentlichkeit diskutiert worden sind, z. B. auf 750 DM/Monat, enthält der Gesetzentwurf also nicht.

Ich gehe deshalb davon aus, daß Ihre vorgetragenen Bedenken damit als gegenstandlos angesehen werden können.

Die Zahlung der Entschädigungsrente soll nach dem Gesetzentwurf künftig durch die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte erfolgen.

Ich darf Sie bitten, die weitere parlamentarische Beratung des Gesetzentwurfs abzuwarten und sich anhand der Berichte in den Medien über den Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Rieger